Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1892

19.1.1892 (No. 14)

Visual Library

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- und Feiertags und kostet in Karlsruhe in's Haus gebracht vierteljährlich 2 Mk. 60 Pfg. (monatlich 70 Pfg., wenn in der Expedition oder in den Agenturen abgeholt), durch die Post bezogen vierteljährlich 2 Mk. 26 Pfg., mit Bestellgeld 3 Mk. 65 Pfg.

Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Badischer Beobachter.

Samstags-Beilage:
Das illustrirte achtseitige Unterhaltungsblatt
„Sterne und Blumen".

Anzeigen: Die sechsspaltige Petitzeile oder deren Raum 10 Pfg., Reklamen 20 Pfg. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Inserate nehmen außer der Expedition alle Annoncen-Bureaux an.

Redaktion und Expedition: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe.

№ 14. Dienstag, den 19. Januar 1892.

W. Die Frage des IV. Ministerialpräsidenten in der Budgetkommission.

III.

Ihrer durchaus unwahren Darstellung der Kommissionsverhandlungen hat die „Bad. Korr." noch allgemeine Betrachtungen beigefügt, deren Zweck für jeden Leser auf den ersten Blick klar, wenn er auch nur einigermaßen in unseren öffentlichen Verhältnissen sich auskennt. Der Verfasser des fraglichen Artikels muß in Sachen der Wahrheit ein sehr weites Gewissen haben. Er schreibt nämlich:

„So fänden wir denn in Baden, wenn es nach dem Willen der Centrumsmitglieder der Budgetkommission ginge und sie einen bestimmenden Einfluß auf die Zusammensetzung der Staatsverwaltung besäßen, vor folgenschweren Entscheidungen, die allerdings geeignet wären, das dem Staatswohl schädliche Element der Unstetigkeit in die Regierung zu verpflanzen und an Stelle der freien Entschließung des Landesherrn schwankende parlamentarische Abstimmungen und die wechselnden Launen des Stahlgliedes für die Zusammensetzung des Ministeriums maßgebend zu machen. Man sollte glauben, daß die früher üblich gewesenen Begriffe von parlamentarischen Ministerstürzgelüsten sich denn doch so sehr überlebt hätten, daß eine völlige Umwandlung des Regierungssystems, wie sie Herr Wacker und seine Genossen — die überdies nicht einmal die Mehrheit in der Kammer haben — offenbar beabsichtigen, nicht mehr durch das eine so beliebte Mittel der Steuerverweigerung oder durch das jetzt in Aussicht genommene der Streichung eines Mitbürgergehaltes erreicht werden könnte und daß es in das Belieben einer parlamentarischen Opposition gestellt werden dürfte, die Regierungsmaschine zum Stillstand zu bringen."

Das ist eine grobe Entstellung der Wahrheit mit der offenkundigen Tendenz, an höchster Stelle das Centrum zu verdächtigen und unüberwindliche Mißstimmung gegen dasselbe wachzurufen.

Die Haltung des Centrums und zwar die ablehnende Haltung desselben hat absolut gar nichts mit der Frage zu thun, ob „das Element der Stetigkeit" oder das „Element der Unstetigkeit" in der Regierung Platz greifen solle. Noch viel weniger berührt sie die Frage, was „für die Zusammensetzung des Ministeriums maßgebend" sein soll: ob „die freie Entschließung des Landesherrn" oder „schwankende parlamentarische Abstimmungen". Das Centrum wird die Mittel für den vierten Ministerialpräsidenten ablehnen. Wenn aber Staatsminister Turban ginge und morgen der Landesherr den Staatsrath Eisenlohr zum Staatsminister ernennen, d. h. mit Neubildung des Ministeriums beauftragen würde, so würde kein Mensch daran denken, an einer solchen Allerhöchsten Entschließung und deren finanziellen Wirkungen irgendwie rütteln zu wollen, obwohl Niemand im Centrum davon befriedigt wäre. Und wenn das Centrum der Ueberzeugung ist, daß die Frage eines vierten Ministerialpräsidenten überhaupt nicht aufgetaucht wäre, falls Turban den Platz geräumt hätte, so wird man es ihm um so weniger verdanken können, als selbst Nationalliberale, die in den öffentlichen Verhältnissen des staatlichen und politischen Lebens einigermaßen bewandert sind, ganz unumwunden es aussprechen. Das weiß die „Bad. Korresp." selber auch und das wissen auch ihre Inspiratoren in dieser Angelegenheit sehr gut wissen.

Der Hinweis auf „die früher üblich gewesenen Begriffe von parlamentarischen Ministerstürzgelüsten" ist im höchsten Grade — unvorsichtig. Er erinnert an den „Ruck", mit dem Kiefer gedroht hat und mit dem ein konservatives Ministerium bei Seite geschoben werden sollte, falls der Großherzog ein solches ernennen würde.

Er erinnert an die famose Offenburgerei und die „Ministersturzgelüste" der Herrn Eckhard, Kiefer, Lamey, Turban gegen den ihnen unbequemen Jolly.

Er erinnert an die Kiefer'schen Treibereien gegen Jolly, die Otto Ammon so ausführlich aufzählt hat.

Er erinnert an das skandalöse Anstürmen der Herren Kiefer, Fieser und Genossen gegen den im speziellen Auftrage des Landesherrn handelnden Minister Stößer.

Er erinnert an die Rolle, welche Staatsminister Turban in der zweiten Hälfte der Ministerlaufbahn Stößer's gespielt hat. Die Inspiratoren der „Bad. Korr." werden diese Sätze wohl verstehen.

Noch unvorsichtiger sind die Schlußworte des vorstehend abgedruckten Abschnittes aus der „Bad. Korr.", das Gerede davon, „die Regierungsmaschine zum Stillstand zu bringen."

Um was handelt es sich denn eigentlich?

Es soll keine neue Arbeitskraft kommen, kein neuer Minister. Wie Turban, Eisenlohr, Rokk und als „Staatsrath" Eisenlohr bisher die Spitze waren, so sollen sie es auch in Zukunft sein, wenigstens in der nächsten. Zweifelsohne haben sie bisher so tüchtig gearbeitet, daß es nach dieser Richtung hin bei ihnen sich gar nicht ändern kann. Nur soll Eisenlohr nicht mehr als bloßer Staatsrath mit 12,000 Mk. Einkommen, sondern als Ressort-Chef mit 16,000 Mk. mit den drei anderen Herren die Spitze bilden. Wenn nun ohne diese Aenderung die „Regierungsmaschine zum Stillstand gebracht" würde, dann müßte sie bisher sehr mangelhaft gearbeitet haben.

Glaubt man denn mit solch' lächerlichen Uebertreibungen und völlig unwahren Behauptungen irgend Jemanden überzeugen zu können? Und muß nicht Jedermann auf den Gedanken kommen, daß es mit der Richtigkeit und Berechtigung einer Sache unmöglich gut bestellt sein könne, wenn sie in solcher Weise vertheidigt werden will?

Die inspirirte „Bad. Korr." schreibt weiter:

„So wenig passend es erscheinen muß, die Krone in den Streit der Parteien herabzuzerren, so thöricht wäre es, wollte man glauben, daß sich die Krone zu einem Schattenwesen herabwürdigen ließe, dem parteipolitischer Uebermuth unter erheuchelter Berufung auf die angebliche Stimme des Volkes die Ernennung oder Entlassung eines Ministeriums oder eines Ministers abtrotzen könnte. Eines an sich minimalen Betrages wegen einen Konflikt heraufzubeschwören, mag wohl Agitatoren vom Schlage eines Wacker nicht zu sehr gewagt erscheinen; sie lassen es sich vielleicht an dem in Szene gesetzten Spektakelstück genügen, wenn auch der Ausgang nicht ihren Wünschen entspricht. Ob es aber den Anschauungen ihrer Wähler entspricht, wenn sich die Mitglieder der Centrumsfraktion auf die trügerische Brücke begeben, welche von den ultramontanen Mitgliedern der Budgetkommission geschlagen wird, das darf man wohl füglich bezweifeln. Man hängt in Deutschland Minister nicht, indem man ihnen zu verstehen gibt, daß man sich gern auf ihre Plätze setzen möchte; man kann auch nicht, wie es von konservativer Seite anfänglich versucht wurde, beinahe persönlicher Anerkennung der Verdienste eines Ministers eine Position bewilligen, die als später „wegfallend" betrachtet werden soll, wenn nicht persönliche, sondern sachliche Gründe eine anderweite Organisation der Ministerien nöthig machen."

Die ersten Sätze sprechen Verdächtigungen aus, die man nur als infam bezeichnen kann. Uns vom Centrum ist das vierte Gebot zu heilig, als daß wir die Krone oder deren jeweiligen Träger „zu einem Schattenwesen herabwürdigen" wollten. Auch die verfassungsmäßig normirten Rechte der Krone und ihres Trägers sind uns zu heilig, als daß wir auch nur im Geringsten daran rütteln wollten. Wenn nach dieser Richtung hin das Haus Zähringen niemals schwierigere Unterthanen hat, als diejenigen sind, die aus Ueberzeugung und mit Treue zur Fahne des Centrums stehen, dann mag es absolut sorgenlos der fernsten Zukunft entgegensehen. Das kann man wissen.

Und nicht wir vom Centrum sind es, welche „die Krone in den Streit der Parteien herabzuzerren" suchen. Das haben zu jeder Zeit nur unsere Gegner gethan. Am eclatantesten hat es sich bei den Wahlen gezeigt, bei denen doch wahrlich der giftigste „Streit der Parteien" auszufechten ist. Und auch jetzt wieder thun es lediglich die Gegner und zwar zu dem ausgesprochenen Zwecke, das Centrum in seiner Freiheit der eigenen Entschließung zu beeinträchtigen. Man hält uns die Krone vor, um ein Ja von uns herauszupressen oder bei der Krone uns zu denunciren, wenn wir bei einem Nein bleiben. Das aber ist inkonstitutionell und widerstreitet auch ganz und gar den eigenen Interessen der Krone. Je weniger von ihr selbst oder in ihrem angeblichen Interesse Rechte und Freiheiten anderer Faktoren des staatlichen Lebens direct oder indirect beeinträchtigt oder geschmälert werden, auf desto festerem Grunde ruhen ihre eigenen verfassungsmäßig verbrieften Rechte und Kompetenzen. Und je weniger sie veranlaßt wird, die von der Verfassung gezogene Linie zu verlassen, desto mehr bleibt sie vor Unzuträglichkeiten bewahrt. Für derartige Gesichtspunkte sollten die Räthe der Krone in erster Linie ein feinfühliges Verständniß haben. Die Minister sollen die Krone deken und nicht jeden Augenblick für sich selbst Deckung hinter der Krone suchen.

Auch der Hinweis auf „parteipolitischen Uebermuth" ist — höchst unvorsichtig. „Parteipolitischer Uebermuth" tritt in der badischen Kammer allerdings sehr grell zu Tage. Man sehe sich nur das Auftreten der Herren Kiefer und Fieser etwas näher an! Da hat man ihn verkörpert vor sich und zwar in seiner ganzen Häßlichkeit.

„Erheuchelte Berufung auf die angebliche Stimme des Volkes!" Auch das kennzeichnet die nationalliberale Kampfesweise, die bis in die Regierungskreise sich verpflanzt hat. So lange man die Mehrheit hat, so lange „hat das Volk gesprochen." Seine „Stimme" ist zu beachten. Die Mehrheit, die es in die Kammer gesendet hat, ist für gewisse Fälle auch für den Träger der Krone ein unüberfteigliches Hinderniß. Das ist bekanntlich der Ton gewesen, in welchem man seit 1860 die deutbegründeten Beschwerden und Bitten des katholischen Volkes wie des Oberhirten der Erzdiözese erledigt hat. Besser als wir mußte man wissen, wie und wodurch diese Kammermehrheit zu Stande gebracht und erhalten wurde.

Gelingt es aber, trotz aller Anstrengungen der Bureaukratie, andere Wahlergebnisse zu erzielen und sogar die der Regierung erwünschte Kammer-Mehrheit zu erschüttern, dann hat nicht „das Volk" — gesprochen, sondern — „das Stimmvieh"; dann ist es eine „erheuchelte Berufung auf die angebliche Stimme des Volkes", wenn man zur Unterstützung irgend welcher Forderungen darauf hinweist. Und wollte man gar erwarten, daß auch der Landesherr solchen Wahlergebnissen einige Berücksichtigung zu Theil werden läßt, so wäre es ein direkter Angriff auf die Rechte der Krone. Das ist nach nationalliberalen Begriffen das „gleiche Recht" im staatlichen Leben Badens.

Die Betonung des „minimalen Betrages" ist doch gar zu sonderbar, nachdem kurz zuvor vom „Stillstehen der Staatsmaschine" die Rede war — im Falle der Ablehnung nämlich.

Wenn aber gar noch gegen unser Einer der Vorwurf geschleudert wird, daß man bemüht sei, „einen Konflikt heraufzubeschwören," so ist das doch ein unerhört kühnes Unterfangen, den sehr klaren Thatbestand zu verdunkeln. Welche Ansicht über Ursache, Zweck und Tragweite der Organisationsänderung in den Ministerien die Centrumskreise beherrscht, wurde bereits erwähnt. Dieselbe Ansicht beherrscht auch andere Kreise; nicht ohne Grund war die nationalliberale Presse bisher so kühl. Nun denke man daran, wie gerade die Hauptinteressenten, Turban und Eisenlohr, zu jeder Zeit zum Centrum und dessen Bestrebungen sich gestellt haben; man denke daran, wie das Ministerium in den letzten Wahlkampf eingegriffen und wie es die Wahlergebnisse von 1889, 1890 und 1891 rücksichtslos ignorirt hat! Betrachtet man die Anforderung der Geldmittel für einen vierten Ministerialpräsidenten in diesem Lichte, dann muß man sie dem Centrum gegenüber als eine mehr denn starke Zumuthung bezeichnen. Und wenn die Herren sofort die Kabinetsfrage stellten, dann hat doch wahrlich nicht das Centrum „den Konflikt heraufbeschworen." Das liegt für jeden verständigen Politiker auf der Hand und wird jeder zugeben müssen, wenn es ihm um die Wahrheit zu thun ist.

„Spektakelstücke in Scene zu setzen" gehört nicht zu den Liebhabereien des Abg. Wacker. Auch wenn es von anderer Seite versucht wird, wehrt er, so gut er kann. Das hat sich während der kurzen Kammertagung vor den Weihnachtsferien gezeigt. Die nationalliberale Presse hat ihn ob dieser Haltung verdächtigt, wie wenn es ihm an Muth fehlen würde, in der Kammer die gleiche Sprache zu führen, wie „am Schreibtische in Zähringen." Nun soll er wieder derjenige sein, dem es darum zu thun ist, „ein Spektakelstück in Scene zu setzen." Respekt vor solch journalistischer Ehrlichkeit und Wahrheitsliebe!

Von „persönlicher Anerkennung der Verdienste eines Ministers" war auf konservativer Seite nie die Rede. Es wurde im Gegentheile ganz ausdrücklich in Abrede gestellt.

Zum Schlusse schreibt die inspirirte „Bad. Korr.":

„Noch wird man erwarten dürfen, daß die Mehrheit der Centrumsfraktion sich über die Tragweite einer über die Persönlichkeiten des Ministeriums hinausgehenden Aktion rechtzeitig klar werden wird, als es das Ministerium doch nicht an Entgegenkommen auf die Wünsche der Budgetkommission hatte fehlen lassen. Die Zeitverhältnisse scheinen wenig passend zur Befriedigung von Ministerstürzgelüsten, deren Erfolg vielleicht nur in einer zweckloses, schädlichen Beunruhigung des Landes und einer in immer weiteren Kreise dringenden künstlichen Entwerthung der Bürgerpapiere würde."

Dieser Erwartung möge man nur in aller Ruhe entsagen. Es ist dem Centrum nicht möglich, den Herren Turban und Eisenlohr sowie der nationalliberalen Parteiführung eine solche Freude zu bereiten. Das „Entgegenkommen" bestand lediglich darin, daß die Regierung den Bemühungen der nationalliberalen Kommissionsmehrheit, wenigstens die eine oder andere Cen-

---

Im Sturme geläutert.

(2) Von Philipp Lotens.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Madelon, welche im Hause ihres Pfarrers dessen fast gleich ehrwürdige Schwester, und eine Magd zu sehen gewohnt war, die seit länger als dreißig Jahren Freud und Leid mit dem kleinen Hausstand theilte, war nicht wenig verblüfft über den unerwarteten Anblick, der sich ihr hier bot. Ehe sie sich indeß von ihrer Verblüffung erholt hatte, wurde in barschem Tone die Frage an sie gerichtet, was sie wolle.

„Ich möchte gerne den Herrn Pfarrer Lambert sprechen, antwortete Madelon.

„Dann müssen Sie in die Conciergerie gehen," erwiderte das Weib kurz.

„Wo ist das?"

„Das ist auf der Ile du Palais, wo sich die Leute befinden, welche Verrath an der Nation sinnen.

Damit schlug das Weib die Thüre zu, und Madelon befand sich vollständig vereinsamt in der ihr unbekannten Weltstadt.

Was nun machen?

Das Einfachste wäre gewesen, in einem Gasthofe Unterkommen zu suchen. Aber das ging gegen die ganze Denkweise Madelon's. Sie ging umher, planlos, ob sie wohl etwas Geeignetes fände. Aber, was sich ihr als Gasthof darstellte, war zu großartig; das war sie nicht gewöhnt; sie war zu schüchtern, um da mit ihrem bescheidenen Bündelchen einzutreten, und zu erklären, sie wolle die Nacht hier zubringen. Und die Logishäuser, die sie sah, schienen ihr schon von außen zu spelunkenhaft, als daß sie sich denselben hätte anvertrauen mögen. Da kamen ihr allerlei schreckhafte Geschichten von Mord und Raub in den Sinn, die man in der Provinz erzählte.

Auf's Geradewohl war sie so über eine Stunde umhergegangen, rathlosend und rathlos, was sie fand, schien ihre Rathlosigkeit nur zu erhöhen. Wie sie bei ihrem Eintritte in Paris Zeuge einer jener widerlichen Auftritte geworden, in welchen der Janhagel Gefangene verfolgte, verhöhnte und bedrohte, so traf sie noch mehrere tumultuarische Aeußerungen des „souveränen Volkes"; wie man das damals schon im Gegensatze zum Könige so nannte.

Da fand sie einen Mann, den Leib mit einer dreifarbigen Schärpe umgürtet, den mit einer ungeheuren Kokarde geschmückten Zweispitz quer auf dem Kopfe; dieser Mann stand heftig gestikulirend auf einem Eckstein, und haranguirte ein halbes hundert Pflastertreter, alle Tyrannen umzubringen, welche in Verbindung mit Pfaffen und Aristokraten sich als die Bampyre des Volkes erwiesen. Dann schimpfte er auf die Nationalversammlung, welche dem König eine Civilliste von 25 Millionen gewährt, während das Volk vor Hunger stirbe. Ein gräuliches Beifallsgejohle unterbrach ihn, ausgestoßen von Leuten, deren Familien allerdings vielfach Hunger litten — nicht wegen der Civilliste des Königs, sondern weil ihre Ernährer, die sich hier als Volkshelden geberdeten, ihren ganzen Verdienst in Branntwein und schlimmer Gesellschaft draufgehen ließen.

Eine Viertelstunde später begegnete ihr eine andere Gruppe; vorn ein Trommelschläger, der alle zwei Minuten sein Kalbfell wüthend wirbelnd bearbeitete, worauf die heisere Stimme eines Ausrufers erscholl:

„Club des Cordeliers! Danto wird sprechen über die Verbrüderung der Menschheit. Alle guten Bürger sind eingeladen!"

Der Tambour wirbelte wieder und der Ausrufer zeigte auf ein mächtiges Transparent, welches zwei Männer hinter ihm auf Stangen trugen, und worauf geschrieben stand:

Club des Cordeliers! Danton wird sprechen!
Es lebe die Freiheit!
Tod den Tyrannen!

Nachdem der Tambour aufgehört zu wirbeln, ging der Zug weiter, einen Schwarf von Nationalgarden, Arbeitern, behäbig gekleideten Bürgern, Straßendirnen, und bald begann die Stimme des Ausrufers, der jetzt als Vorsänger sungirte:

„Gern sind wir aller Völker Brüder!
Den Hütten blühe froh das Glück!
Doch den Tyrannen Beil und Strick,
Der ganze Chor fiel darauf mit einem wüthenden
Ça ira, Ça ira, Ça ira, Ça —

ein, ein Refrain, der damals zu allem gesungen wurde; dann wirbelte wieder der Tambour, und so ging das abwechselnd, so lange Madelon zu hören vermochte.

Es war dem Mädchen, als ob eine infernale Erscheinung an ihr vorbeizöge; und sie wußte im ersten Augenblick nicht, ob das Wirklichkeit, oder nur eine Vision gewesen, so ungeheuerlich kam ihr ein solches Gebahren vor. Machte man sich in der Bendée auch vieles über die Zustände in Paris eingebildet haben, so viel stand sicher, auch der kühnsten Phantasie eines Bendée'schen Landmannes wären solche Einbildungen nicht gekommen. Was sie in den paar Stunden ihres Pariser Aufenthaltes erlebt, übertraf alles, was sie für möglich gehalten hätte.

In der Verzweiflung kam ihr durch den Gegensatz geweckt, ein rettender Gedanke. Beim Anblicke dieser wüsten Straßenscenen stiegen vor ihrem Geiste die stillen Räume eines kleinen Franciscanerinnenklösterchens in Ancenis auf, wohin sie Benoit begleiten durfte, wenn er aus dem Forste St. Florent Holz hinfuhr, das die Güte des Königs den Krankenpflegerinnen der Armen gewährte. Einer solchen Unterkunft bedurfte sie; wenn sie ein Frauenkloster in Paris fände? Wenn sie an der Klosterpforte klopfte und Einlaß für die Nacht begehrte, gewiß, man würde sie nicht auf die Straße stoßen, wie das jenes böse Weib in der Rue Mont-Matre gethan, das seine Wohnung in dem geistlichen Hause aufgeschlagen hatte.

Wie aber sollte sie ein solches Kloster finden? Sie wußte recht wohl, daß die Klöster schon im Februar des vergangenen Jahres aufgehoben, und die Konventualen aus ihren Häusern vertrieben worden waren. Aber trotzdem bestand das Klösterchen in Ancenis fort; das wußte sie ganz genau, nur trugen die Nonnen außerhalb des Klosters weltliche Kleidung und an der Außenseite des Hauses war jedes Emblem entfernt, welches auf eine klösterliche Genossenschaft schließen ließ. Vielleicht, meinte sie, wäre das auch so in Paris; aber wie sollte sie dann ein solches Kloster erkennen? Es blieb ihr nichts übrig, sie mußte den Versuch machen, und jemanden mit einer Frage angehen. Vielleicht konnte man ihr auch sonst einen Rath geben.

So beobachtete sie denn alle einzeln Vorübergehenden scharf, ob sie nicht einen fände, dessen Aeußeres Vertrauen erwecken konnte. Es dauerte wohl zehn Minuten, bis sie in der That einen solchen Mann fand. Er kam langsam schlendernd daher, ein Mann von kurzer Statur, ziemlich wohlbeleibt, etwas nachlässig gekleidet, die Hände in den Taschen seines dicken Oberrocks vergraben. Seine Gesichtszüge waren etwas schlaff, aber ein behagliches, wohlwollendes Lächeln lag auf demselben. Auf seinem Hute prangte zwar auch eine mächtige Kokarde in den revolutionären Farben; aber Madelon hatte bemerkt, daß solche Kokarden von Jedermann getragen wurden, und so war sie sehr rasch auf den Gedanken gekommen, daß ein Mensch in anständiger Kleidung, der eine solche nicht trüge, sich verdächtig mache; und was dann geschehe, das sagten ihr die sechs Leute, die sie transportiren gesehen. Diese hatten keine Kokarden. So hinderte sie die Kokarde nicht, und sie trat schüchtern heran.

„Lieber Herr!" sagte sie zögernd und suchte.

Der so Angeredete fuhr aus den angenehmen Gedanken, in welche er versunken schien, überrascht auf. Er war offenbar etwas ärgerlich über die Störung und als er dem Mädchen einen Blick zu warf, kam diesem das Gesicht lange nicht mehr so wohlwollend vor, wie eben noch.

„Was wollen Sie?" fragte er kurz.

„Ich bin eben aus der Provinz hier eingetroffen . ."

„Ah!" unterbrach sie der Angeredete, und auf's Neue spielte ein Lächeln um seine Lippen. Und womit kann ich der Jungfer dienen?"

Mit diesen Worten ergriff er ihre Hand.

„Ich habe für die Nacht kein Unterkommen," bemerkte Madelon arglos.

Der Mann sah sie mit den Augen schlau zwinkernd an. „Kein Unterkommen!" sagte er. „So ein schönes Kind und kein Unterkommen. Aber Sie können doch nicht auf der Straße bleiben?"

„Wenn Sie mir vielleicht ein Kloster zeigen wollten? Ich bin ganz fremd hier!"

„Ein Kloster?" wiederholte der Mann. „Aber Sie wissen doch meine Schöne, daß die Klöster aufgehoben sind."

„O das thut nichts!" sagte Madelon in aller Unschuld.

„Nicht? Aber das geht doch nicht? . . . Indessen was wollen Sie eigentlich in Paris? Suchen Sie einen Dienst?"

„Nein," erwiderte Madelon kurz.

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

trumsstimme „'rum zu kriegen", Vorschub leistete — ob absichtlich oder bloß thatsächlich, bleibe dahingestellt. Von „Beunruhigung des Landes" war seit Menschengedenken nie etwas zu merken, so oft auch ein Minister sich zurückzog und es wird nicht einmal ein Verstoß gegen die Höflichkeit sein, wenn man die Ueberzeugung ausspricht, daß auch Turban's Weggang keinerlei Gefahr einer „Beunruhigung des Landes" mit sich brächte. Man dürfte noch viel mehr sagen.

Das Gerede von einer „künstlichen Entzweiung der Bürger" ist überaus lächerlich.

Den antinationalliberalen „Bürgern" kann es gerade jetzt sehr gleichgiltig sein, ob die Minister gehen oder bleiben. Man weiß ja nicht, ob „was Besseres nachkommt." Auch die nationalliberalen „Bürger" machen sich absolut keine Grillen. Nur einen Kreis gibt es, in welchem „Beunruhigung" vorhanden ist, und dieser ist ziemlich klein. Er besteht aus so und so viel Amtmännern, Ministerialräthen und sonstigen hochgestellten Vertretern der Bureaukratie in der Residenz. Allein es sind ganz andere Interessen als die „des Landes", denen ihre „Beunruhigung" entspringt.

Diese Ausführungen dürften genügen, um den inspirirten Artikel der „Bad. Korr." in's richtige Licht zu stellen. Sollte dieses Organ oder seine Inspiratoren das Bedürfniß fühlen, den Gegenstand noch weiter zu erörtern, so steht dem nichts im Wege. Gut dürfte es schon sein, wenn die Herren dann die Sache etwas geschickter aufaßten.

Sich etwas strenger an die Wahrheit zu halten, wird der „Bad. Korr." nach den bisherigen Erfahrungen zu schließen nicht möglich sein.

Das preußische Volksschulgesetz

ist dem Abgeordnetenhause bereits zugegangen, die Motive liegen jedoch noch nicht im Druck vor. Wir heben zunächst die wichtigsten Abweichungen des neuen Entwurfs vom dem vorjährigen hervor. Bei der Einrichtung der Volksschulen sollen die konfessionellen Verhältnisse möglichst berücksichtigt werden. Den im vorigen Entwurf enthaltenen Bestimmungen fügt der neue noch hinzu, daß, soweit nicht an einem Orte bereits eine anderweite Schulverfassung besteht, neue Volksschulen nur auf konfessioneller Grundlage eingerichtet und die vorhandenen Volksschulen vorbehaltlich anderweiter Anordnungen in ihrer gegenwärtigen Verfassung bestehen bleiben sollen. Uebersteigt die Zahl der Kinder einer Religionsgesellschaft in einer Schule anderer Konfession 30, so kann der Regierungspräsident (der überall bei Leitung und Beaufsichtigung der inneren Volksschulangelegenheiten an die Stelle der Schulaufsichtsbehörde des vorigen Entwurfs tritt) bei Zustimmung der Gemeinde die Errichtung einer besonderen Volksschule für dieselben anordnen. Er muß sie anordnen, wenn die Zahl 60 übersteigt. Die versagte Zustimmung kann durch den Kreisausschuß bezw. Bezirksausschuß ergänzt werden. In dem Goßler'schen Entwurfe hieß es einfach, wenn die Zahl der Schulkinder einer andern Religionsgesellschaft 60 übersteigt, kann die Schulaufsichtsbehörde die Errichtung einer besonderen Schule für sie anordnen.

Während der vorigjährige Entwurf bestimmte, daß grundsätzlich kein Kind ohne den Religionsunterricht seines Bekenntnisses bleiben soll, sagt der neue, daß grundsätzlich kein Kind ohne Religionsunterricht durch einen Lehrer seines Bekenntnisses bleiben solle. An konfessionell eingerichteten Schulen dürfen nur Lehrer der betreffenden Konfession beschäftigt werden, mit Ausnahme des Religionslehrers für die Kinder anderer Konfession; der Goßler'sche Entwurf enthielt eine derartige Bestimmung nicht.

Ueber die Leitung des Religionsunterrichts in der Volksschule bestimmt § 18:

Mit der Ertheilung des Religionsunterrichts dürfen nur Lehrer beauftragt werden, welche ein die Befähigung dazu aussprechendes Lehramtszeugniß besitzen. Der mit der Leitung des Religionsunterrichts beauftragte Geistliche hat das Recht, dem Religionsunterricht beizuwohnen, durch Fragen sich von der sachgemäßen Ertheilung desselben und den Fortschritten der Kinder zu überzeugen, den Lehrer nach Schluß des Unterrichts sachlich zu berichtigen, sowie dementsprechend mit Weisungen zu versehen. Die kirchliche Oberbehörde ist befugt, im Einvernehmen mit dem Regierungspräsidenten einen Ortsgeistlichen ganz oder theilweise mit der Ertheilung des Religionsunterrichts zu beauftragen. Falls von der kirchlichen Oberbehörde eine andere Bezeichnung nicht erfolgt, gilt der Pfarrer bezw. der erste Pfarrer als gesetzlich zur Leitung des Religionsunterrichts für die Volksschule innerhalb seiner Pfarrei beauftragt. Eine Zurückweisung des Beauftragten ist zulässig, wenn derselbe die Ordnung der Schule gestört hat; sie erfolgt durch Beschluß des Regierungspräsidenten nach Benehmen mit der kirchlichen Oberbehörde. Im Beschluß sind die Thatsachen anzugeben, welche die Zurückweisung begründen.

Der Goßler'sche Entwurf dagegen bestimmte: Die Einführung neuer Lehrpläne in Bezug auf den Religionsunterricht erfolgt im Einvernehmen mit den Organen der Religionsgesellschaft. Vor der Einführung neuer Religionsbücher ist die Erklärung der betreffenden Organe einzuholen, daß gegen die im Buche enthaltenen Lehren nichts einzuwenden sei; endlich haben die von den Religionsgesellschaften hierzu beauftragten Personen das Recht, dem Religionsunterricht in der Schule beizuwohnen; durch Fragen sich von der sachgemäßen Ertheilung zu überzeugen, den Lehrer nach Schluß sachlich zu berichtigen und an der Ausstellung der Zeugnisse in der Religion mitzuwirken.

Die Bestimmungen über den Pfarrer als gesetzlich beauftragten Religionslehrer und über die Zurückweisung stimmt mit der des neuen Entwurfs überein. — Die Kommission hatte den Goßler'scher Entwurf dahin abgeändert, daß die mit der „Leitung" beauftragten Personen mit Genehmigung der Bezirksregierung den Religionsunterricht selbst übernehmen könnten.

Im Anschluß hieran erwähnen wir gleich den zwölf Paragraphen umfassenden Zusatz des neuen Entwurfs, welcher von der „Vorbildung" der Lehrer handelt. Die wichtigsten Bestimmungen sind folgende:

Die Lehrer-Seminare sollen auf konfessioneller Grundlage eingerichtet werden und die Leiter und Lehrer an diesen Anstalten der betreffenden Konfession angehören. Die Einführung neuer Lehrpläne und neuer Lehrbücher für den Religionsunterricht erfolgt im Einvernehmen mit den zuständigen kirchlichen Oberbehörden. Die Seminardirektoren werden vom Könige ernannt, die Lehrer auf Vorschlag des Provinzial-Schulkollegiums durch den Unterrichtsminister. Die mit der Ertheilung des Religionsunterrichts zu beauftragenden Lehrer sind vorher den kirchlichen Oberbehörden namhaft zu machen behufs Aeußerung, ob gegen Lehre und Wandel derselben Einwendungen zu erheben sind. Die kirchlichen Oberbehörden sind befugt, jederzeit von dem Religionsunterricht an den Seminaren durch einen Kommissarius nach gleichzeitiger Benachrichtigung des Provinzial-Schulkollegiums Kenntniß zu nehmen und vorgefundene Mängel dem Provinzial-Schulkollegium mitzutheilen. Der Prüfungskommission für die Seminare gehört auch ein von der kirchlichen Oberbehörde gesandter Kommissar an. Als Lehrer kann nur aufgestellt werden, wer die vorgeschriebene Prüfung bestanden hat; an dieser Prüfung kann sich die kirchliche Oberbehörde durch einen Beauftragten mit Stimmrecht betheiligen. Erhebt derselbe wegen ungenügender Leistungen im Gegensatz zur Mehrheit der Prüfungskommission Widerspruch gegen die Ertheilung des Befähigungszeugnisses, so ist an den Oberpräsidenten zu berichten, welcher im Einvernehmen mit der kirchlichen Oberbehörde zu entscheiden hat. Ist ein Einvernehmen nicht zu erzielen, so ist dem Lehrer das Lehramtszeugniß mit Ausschluß der Befähigung für den Religionsunterricht zu ertheilen.

Drei neue Paragraphen beschäftigen sich sodann mit dem Privatunterricht. Der vorigjährige Entwurf bestimmte einfach, daß zum Besuche der öffentlichen Volksschule die Kinder nicht verpflichtet sind, die anderweit einen Unterricht empfangen, „welcher nach dem pflichtmäßigen Ermessen der Schulaufsichtsbehörde geeignet ist, den Unterricht in der öffentlichen Volksschule zu ersetzen". — Nach dem neuen Entwurf sind Kinder vom Besuch der öffentlichen Volksschule entbunden, die in einer Privatschule oder von einem Hauslehrer nach einem Lehrplane unterrichtet werden, durch welchen mindestens die Lehrziele der öffentlichen Volksschule erreicht werden. Zur Ertheilung von Unterricht und zur Begründung und Leitung von Unterrichtsanstalten wird jeder Preuße zugelassen, welcher seine sittliche, wissenschaftliche und technische Befähigung der betreffenden Staatsbehörde nachgewiesen hat. Diese Bestimmung schließt sich eng an Art. 22 der Verfassung an. Leiter von Privatschulen müssen die Rektoratsprüfung, Lehrer die Lehrerprüfung bestanden haben. Für Hauslehrer wird die Befähigung ohne Weiteres als vorhanden angenommen bei Geistlichen, Lehrern und Schulamtskandidaten, Studirenden, und wo es sich um den Nachhilfeunterricht eines eine öffentliche Schule besuchenden Kindes handelt, bei Schülern der beiden oberen Klassen höherer Lehranstalten.

Wer eine Privatschule zu gründen oder zu leiten oder an einer solchen eine Lehrerstelle anzunehmen oder häuslichen Unterricht zu ertheilen beabsichtigt, hat dies unter Nachweis seiner Befähigung der Schulbehörde anzuzeigen. Diese hat binnen einem Monat zu erklären, entweder, daß sie gegen die Befähigung nichts zu erinnern habe, oder daß sie dieselbe als vorhanden nicht anerkenne. In letzterem Falle hat sie die Thatsache anzugeben, welche den Mangel einer Befähigung begründen. Gegen den Bescheid findet die Beschwerde an den Bezirksausschuß statt. Mit der Anzeige ist außerdem ein Lehrplan einzureichen, der von dem Regierungspräsidenten festzusetzen ist. Wird der Lehrplan in der beantragten Veränderung nicht genehmigt, so steht eine Beschwerde an den Unterrichtsminister offen. Treffen die Voraussetzungen für Ertheilung von Privatunterricht und Leitung von Privatschulen nicht mehr zu, so kann durch einen mit Gründen zu versehenden Beschluß des Bezirksausschusses die fernere Unterrichtsertheilung oder Anstaltsleitung untersagt werden. Gegen den Beschluß ist der Antrag auf mündliche Verhandlung bezw. Klage beim Oberverwaltungsgericht zulässig.

Der Privatunterricht untersteht der Aufsicht des Regierungspräsidenten.

Während der vorigjährige Entwurf bestimmte, daß das gesammte Schulzwecken gewidmete Vermögen, also auch das von Stiftungen u. s. w. an die bürgerliche Gemeinden übergehen und in einen allgemeinen Fond ausgeschüttet werden soll, soll nach dem neuen Entwurf dieses Vermögen mit allen daran haftenden Rechten und Pflichten für die einzelnen Schulen als besondere Schulstiftung bestehen bleiben. Die Vertretung der Schulstiftung in rechtlicher Beziehung steht den Schulvorständen zu, ebenso die Verwaltung des Stiftungsvermögens. Die Schulvorstände haben darüber den Gemeinden Rechnung zu legen. Das Vermögen ist, soweit erforderlich, zur Erhaltung der betreffenden Schule zu verwenden. Ein Rückgriff auf das Vermögen selbst ist nur soweit gestattet, als es dem Stiftungszweck entspricht. Nur die Vermögensstücke, welche unmittelbare Verwendung für Schulzwecke finden (Schulräume, Geräthe, Dienstwohnungen, Spiel- und Turnplätze) werden durch die bürgerliche Gemeinde verwaltet.

In Bezug auf die Organisation der Schulverwaltung, der Schulbehörden, die Diensteinkommensverhältnisse der Lehrer u. s. w. entspricht die Vorlage dem, was bisher bereits darüber bekannt geworden ist. Erwähnt sei nur noch, daß der Schulvorstand besteht 1. aus dem Ortsschulinspektor als Vorsitzenden. Sofern der Ortsschulinspektor nicht zugleich der mit der Leitung des Religionsunterrichts betraute Geistliche sein sollte, aus 2. diesem Geistlichen, 3. einem an der Schule angestellten Lehrer, 4. aus sämmtlichen Schulvorstehern, 5. aus mehreren (mindestens 3) Mitgliedern, welche von den zur Schule gehörigen Hausvätern gewählt werden. — Der Goßler'sche Entwurf dagegen wollte zu dem aus dem Gemeindevorsteher und Mitgliedern der Gemeindebehörden oder aus diesem und Gemeindegliedern bestehenden Schulvorstande bezw. zu dem aus Vertretern der zum Schulverbande gehörigen Gemeinden bestehenden Schulausschusse den mit der Leitung des Religionsunterrichtes betrauten Geistlichen, sowie einen oder zwei im Wahlbezirke angestellte Lehrer widerruflich von der Schulaufsichtsbehörde als Mitglieder bestellen lassen.

Der ganze Entwurf umfaßt 194 Paragraphen, während der vorigjährige 203 zählte.

Deutschland.

Berlin, 17. Januar.

Alsbald nach Empfang der Trauerkunde vom Ableben des Sohnes des englischen Kronprinzen, stattete der Kaiser bei seiner Mutter, der Kaiserin Friedrich, einen Beileidsbesuch ab. In Vertretung des Kaisers bei der Beisetzungsfeier wird sich Prinz Friedrich Leopold in Begleitung des Flügeladjutanten des Kaisers, Oberstlieutenants v. Bülow, nach London begeben. Die Kaiserin Friedrich wird durch ihren Kammerherrn Grafen Seckendorff vertreten sein.

— Im Reichstage macht sich immer lebhafter Mißstimmung geltend über den langsamen Gang der Etatsberathung. Der Etat des Reichsamts des Innern hat eine ganze Woche in Anspruch genommen, ist noch immer nicht erledigt und, wenn man den sachlichen Inhalt dieser ganzen Debatten zusammenfaßt, so kommt herzlich wenig heraus. Das Haus wird immer leerer; viele von denen, die sich anfänglich eingefunden hatten, sind wieder fortgereist worden. Wenn es so weiter geht, ist an einen Schluß der Session vor Ostern nicht zu denken, zumal noch neue Gesetzentwürfe in Aussicht stehen, von denen eines, das Gesetz zur Bekämpfung der Trunksucht dem Reichstage bereits heute zugegangen ist. Es stellt sich heraus, daß der Entwurf, dessen ursprüngliche Fassung im Herbst bereits veröffentlicht wurde, vom Bundesrath mehrfach umgearbeitet und dabei etwas gemildert worden ist.

— Das Verhältniß des preußischen Finanzministers zum Eisenbahnminister wird nun auch in einem längeren Artikel der „Hamb. Nachrichten" besprochen. Hier wird sogar direkt behauptet, daß innerhalb des Staatsministeriums ein scharfer Konflikt bestanden habe, der freilich durch die jüngste Audienz Miquels beim Kaiser beigelegt sei. Seit längerer Zeit habe zwischen Miquel und einigen andern Ministern ein sehr kühles Verhältniß bestanden, das sich zuletzt auch auf die Spitze des Kabinets übertrug. Herr Miquel schien für sein Einkommensteuergesetz auf ein höheres Maß von Anerkennung gerechnet zu haben, als ihm zu Theil geworden sei. Im Weitern wird dann ausgeführt, Miquel habe auch bald gefunden, daß die Kollegialität die lähmendste Fessel für schöpferische Geister sei. Er könne gegen die „gelungene kollegialische Mehrheitsmeinung" nichts ausrichten, und habe auch beim Präsidium nicht die erhoffte Unterstützung gefunden, so daß er, der frühere begeisterungsvollste Lobredner Caprivi's, dessen stiller Verehrer geworden sei. Herr Miquel sehe sich in seinen weitreichenden Reformplänen seit längerer Zeit gehemmt und er sei nicht der Mann, der dauernd das Gefühl des Beschränktseins ertrüge. Daher sei das Gerücht, der Finanzminister habe sich mit dem Rücktrittsgedanken getragen und trage sich mit solchen vielleicht noch, nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen. Allerdings habe Herr Miquel, als er sich entschloß, die Entscheidung, ob er sein Amt niederlegen oder weiterführen solle, davon abhängig zu machen, daß ihm ein starker und sichtbarlicher Beweis der Fortdauer der allerhöchsten Gnade gegeben und dadurch ein gewisses Uebergewicht im Kollegium zuerkannt werde, den psychologischen Moment für die Anrufung der Entscheidung außerordentlich klug gewählt.

— Heute würde unser verstorbener Führer Windthorst (geboren 17. Jan. 1812) sein achtzigstes Lebensjahr zurückgelegt haben, wenn er uns noch lebte. Es fand deshalb in der Hedwigskirche ein feierliches Requiem statt. Am Nachmittag vereinigte ein gemeinsames Erinnerungsmahl die Centrumsmitglieder des Reichstages und des Landtages im „Kaiserhof". Bekanntlich befand sich Windthorst an seinem letzten Geburtstag noch in voller Gesundheit, soweit in einem solchen Alter noch von Gesundheit gesprochen werden kann.

— Hiesige liberale Blätter melden, das Volksschulgesetz habe im Ministerium starken Widerspruch gefunden, zwei Minister hätten dagegen gestimmt.

Posen, 17. Jan. Erzbischof v. Stablewski ist gestern von Wreschen per Extrazug nach Gnesen gereist. Gegen 3000 Personen hatten sich auf dem Bahnhof in Wreschen zur Verabschiedung eingefunden, darunter 30 Geistliche, der Magistrat und die Stadtverordneten. Der Erzbischof ertheilte den Segen, den er mit den Worten schloß: „Haltet fest an der Kirche, bewahret Eintracht unter Euch!"

Dresden, 17. Jan. Prinz Kraft von Hohenlohe-Ingelfingen, General der Artillerie à la suite der Armee, ist gestorben.

München, 17. Jan. Ein schlagenderer Beweis für die Güte unserer bayerischen Militärstrafprozeßordnung hätte nicht geliefert werden können, als ihn die vor einigen Tagen in Würzburg durchgeführte Verhandlung gegen einen Soldaten, der wegen Mordes vor dem Gericht stand, erbrachte. Seine Verurtheilung zum Tode kannte ganz Bayern wenige Stunden nach der Urtheilsfällung. Keine Ungewißheit über das Schicksal des Angeklagten konnte Platz greifen. Wie anders war es dagegen vor Kurzem in Köln, als sich das Gerücht verbreitete, ein Soldat sei standrechtlich erschossen worden. Eine Nachricht schlug die Andere. Niemand wußte, ob die Sache wahr sei oder nicht. Solche Vorkommnisse sind bei einer Militärgesetzgebung, die auf dem Princip der Oeffentlichkeit besteht, einfach unmöglich. Wir meinen denn doch, daß man das auch in Norddeutschland allgemein einführen müßte, so daß die zu Gunsten des bayerischen Strafprozesses inscenirte Bewegung doch von Erfolg sein sollte. In Württemberg hat man das völlig begriffen und sich bekanntlich der Bewegung angeschlossen.

Stuttgart, 17. Jan. Durch ein königliches Dekret ist die Einführung einreihiger Waffenröcke nach preußischem Muster für Württemberg angeordnet worden; ferner hat König Wilhelm dem Kaiser Franz Josef von Oesterreich das Infanterie-Regiment Nr. 123 verliehen.

Ausland.

Wien, 17. Jan. Nach einer Meldung der „Pol. Korr." aus Pest wird die Lösung der Wegtaufenfrage demnächst im Einvernehmen mit dem neuen Primas erfolgen.

Im Abgeordnetenhaus werden die Berathungen der Handelsverträge fortgesetzt. Der Handelsminister hob die Vortheile beim Vertrag mit Deutschland und Italien hervor. Der Minister gedachte dabei des Dreibundes. Auch in wirthschaftlicher Beziehung ständen Oesterreich, Deutschland und Italien einig zusammen. Auch bezüglich der Eisenbahntarife habe Oesterreich in der Aktion der Handelsverträge eine große Rolle gespielt.

Pest, 17. Jan. Der Wahlkampf hat bereits die ersten Blutopfer gefordert. In Szilagycseh stießen Anhänger der Unabhängigkeitspartei mit Anhängern der Liberalen zusammen. Die Gendarmen gaben Feuer und tödteten einen Anhänger der „Unabhängigen". In Sarkoez hat gleichfalls ein blutiger Zusammenstoß stattgefunden, wobei 15 Wallachen schwer verwundet wurden. Man befürchtet weitere Excesse.

London, 17. Jan. Die Beisetzungsfeier in Windsor findet voraussichtlich am Mittwoch Mittag statt. Die offiziellen Bestimmungen sind jedoch noch nicht getroffen. Mehrere Blätter melden, die Gesundheit der Prinzessin von Wales sei sehr stark angegriffen, doch sei ihr Zustand bis jetzt nicht beunruhigend.

Paris, 17. Jan. Der Papst richtete (nach einer Nachricht der „Frkft. Ztg.") einen Brief an den Erzbischof von Paris, worin er dem Klerus Ruhe und Annahme der gegenwärtigen Institutionen empfiehlt, um den Katholiken die Theilnahme am Staatsleben zu ermöglichen.

Stockholm, 17. Jan. Der König übernahm nach seiner nunmehr vollkommenen Genesung die Regierung wieder und ernannte das Präsidium des Reichstags.

Kopenhagen, 17. Jan. Die Influenza, die vor zehn Wochen ihren Einzug hier hielt, ist jetzt in Abnahme begriffen, jedoch kamen noch in der vorigen Woche gegen 2300 neue Fälle vor und nicht weniger als 110 Personen sind der Krankheit erlegen. Von der hauptstädtischen Bevölkerung sind bisher mehr als zehn Prozent an Influenza erkrankt; in den Provinzen ist die Krankheit oft in sehr bösartiger Form aufgetreten.

Rom, 17. Jan. Die Vertragsverhandlungen mit der Schweiz nehmen eine ungünstige Wendung. Die Schweiz verwirft das Zollkartell zur Bekämpfung des Schmuggels. Italien kann die Forderungen betr. Seide und Baumwolle nicht bewilligen. Der italienische Finanzminister möchte daher die Verhandlungen abbrechen. Rudini und der Schatzminister wollen jedoch noch einen Versuch machen.

Belgrad, 17. Jan. Finanzminister Paschitsch beschloß in Folge der Opposition des Ausschusses, im Budget zur Deckung des Deficites die neueingeführte Grundsteuer fallen zu lassen und anstatt dessen eine entsprechende Erhöhung der niederen Tabaksorten vorzunehmen.

Der österreichisch-ungarische Gesandte, Baron Thoemel, hatte vor einigen Tagen mit dem Regenten Ristic und dem Premierminister Paschic eine Unterredung, in welcher er denselben Namens der Wiener Regierung, mit welcher hierbei, wie er betonte, die anderen Bundesmächte zu identificiren, zu verstehen gab, daß der Aufenthalt der bulgarischen Flüchtlinge in Serbien eine Gefahr für die Ruhe der Balkanländer und im Allgemeinen involvire.

Lissabon, 17. Jan. Die Ministerkrisis in Portugal nimmt größere Ausdehnung an. Die Republikaner nützen den Eisenbahnschwindel zu Agitationen unter der bereits aufgeregten Bevölkerung aus. Der Ministerpräsident d'Abreu e Souza zeigte den Kortes an, das Kabinet habe darum seine Entlassung eingereicht, weil die Verhandlungen wegen Uebernahme des Finanzministeriums zu keinem Resultat geführt hätten. Der Finanzminister Marianno de Carvalho rechtfertigte seine Verwaltung und die von ihm der portugiesischen Eisenbahngesellschaft geleisteten Vorschüsse. Man hofft, daß es Graf de Baldom gelingen wird, ein Versöhnungsministerium zu bilden. Mehrere hervorragende Parteimänner werden von der Polizei überwacht, da sie wegen Unterschlagung bei dem Eisenbahnschwindel angeklagt sind. Der Direktor der Lusitanischen Bank ist gegen eine Kaution von 1 Million auf freiem Fuß gelassen. Die Aktionäre der Eisenbahnen haben zum 16. Januar eine Generalversammlung berufen. Der Marquis da Foz, welchem zum großen Theile die Unregelmäßigkeiten zur Last gelegt werden, die bei der Verwaltung der portugiesischen Eisenbahngesellschaft entdeckt wurden, ist verhaftet worden.

Deutscher Reichstag.

C.P.C. **Berlin,** 15. Januar.

Der Reichstag setzte heute die zweite Berathung des Etats beim Etat des Reichsamts des Innern, ohne daß es dabei zu größeren Debatten kam, fort.

Bei dem Titel „Behörde für die Untersuchung von Seeunfällen" brachte Abg. Metzger (Socialdemokrat) die Behandlung der Feuerleute auf den deutschen Schiffen zur Sprache, indem er auf einen vor dem Oberseeamt verhandelten Fall der Mißhandlung eines als Feuermann auf einem Woermann'schen Schiffe beschäftigten Negers verwies. In Folge der Mißhandlung des Negers sei der Tod eingetreten. Das Instrument, mit welchem sie mit Vorliebe gezüchtigt werden, „Dugpappel" genannt, legte er auf den Tisch des Hauses nieder.

Unterstaatssekretär von Rottenburg gab zu, daß Mißhandlungen stattgefunden hätten, es fände aber auch in jedem einzelnen Falle gerichtliche Untersuchung statt.

Der socialdemokratische Abg. Schwarz suchte unter Anführung zahlreicher Einzelheiten die Vorschriften über Vermeidung von Seeunfällen als mangelhaft nachzuweisen und klagte, daß die Seemannsordnung vielfach nicht beachtet werde.

Der Unterstaatssekretär konnte auf die einzelnen Fälle nicht eingehen, weil ihm das Material fehle, betonte aber, daß die Kommissare des Seeamtes angewiesen seien, genaue Kontrole über die Innehaltung der Seemannsordnung zu üben.

Der nationalliberale Abg. Jebsen meinte, verhältnißmäßig seien die Verstöße gegen die Seemannsordnung doch sehr gering und protestirte gegen die übertriebenen Anklagen der Kapitäne und Offiziere durch die Socialdemokraten und die Ausbeutung des einen Falles auf dem Woermann'schen Dampfer.

Abg. Bebel bestritt eine solche Fruktificirung und sprach seine Verwunderung aus, daß die Regierung trotz seiner wiederholten Besprechung die notorischen Uebelstände bei der Behandlung der Trimmer und Heizer, die vielfach zu Selbstmorden Veranlassung gäben, noch nicht beseitigt habe.

Nach einigen weiteren Bemerkungen des Unterstaatssekretärs und Bebel's wurde das Kapitel bewilligt.

Beim Kapitel „Statistisches Amt" klagte Abg. Sammhammer (freis.) über die Mangelhaftigkeit unserer Waaren-Ausfuhrstatistik, worauf Staatssekretär Dr. v. Rottenburg erwiderte, daß über eine Vereinfachung und Beschleunigung der Aufstellung der Waarenstatistik bereits Erwägungen schwebten.

Zwischen den Abg. Dr. Bamberger, Freiherrn von Stumm und Graf Kanitz entspann sich dann eine längere Debatte über die Frage, welchen Rückschluß die Handelsbilanz auf die Wohlhabenheit des Landes gestatte. Graf Kanitz hob dabei hervor, daß gerade die wohlhabenden Länder, wie Frankreich und England, eine Unterbilanz hätten, während Oesterreich-Ungarn ein Uebermiegen der Ausfuhr über die Einfuhr konstatiren könne.

Beim Kapitel „Reichsgesundheitsamt" theilte Unterstaatssekretär v. Rottenburg mit, daß ein Gesetzentwurf wegen Einführung eines Befähigungsnachweises für die Chemiker, namentlich die Nahrungsmittelchemiker, ausgearbeitet sei, indessen noch einige formelle Schwierigkeiten zu überwinden seien. Bei dem Kapitel „Patentamt" erklärte der Staatssekretär, daß das Reich mit anderen Staaten wegen der Gültigkeit deutscher Patente im Auslande in Unterhandlungen stehe. Morgen wird die Etatsberathung fortgesetzt.

C.P.C. **Berlin,** 16. Januar.

Bei dem Titel „Kosten der Betheiligung des Reichs an der Weltausstellung in Chicago 900,000 M." erklärt Unterstaatssekretär von Rottenburg auf Anfrage des Abg. Fritzen (Centrum), daß die Regierung Werth auf die geschlossene Vertretung der deutschen Industrie lege, leider aber noch die Leder-, Sammet- und Seidenindustrie, sowie die Eisenindustrie sich ablehnend verhielten, wohl weil sie auf Gewinnung des dortigen Marktes nicht rechneten. Diese Erwägung halte er für unzutreffend. Es gelte den Besitzstand der deutschen Industrie in Südamerika und Ostasien zu vertheidigen gegenüber den Anstrengungen der nordamerikanischen Industrie. Das Schmollen sei nirgends so

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

wenig angebracht, wie auf dem Handelsgebiet; da verfahren z. B. die englischen Industriellen ganz anders.

Der Abg. Goldschmidt (dfr.) wünscht eine entgegenkommende Erklärung der Regierung über ihre Stellung zu dem Plan einer Weltausstellung in Berlin für das Ende der 90er Jahre.

Mit ihm beklagte der Abg. Dr. Witte (dfr.) die Zurückhaltung der deutschen Industriellen gegenüber der Chicagoer Ausstellung. Den Plan einer Weltausstellung in Berlin billigte auch er, wünschte die Ausstellung jedoch nicht zu schnell hinter der Chicagoer.

Unterstaatssekretär v. Rottenburg erklärte, die Regierung habe zu dem erst gestern vom deutschen Handelstage gefaßten Beschlusse noch nicht Stellung nehmen können. Sollte die Ausstellung eine internationale sein, so müsse sich auch Amerika daran betheiligen; das aber sei nur dann zu erwarten, wenn auch Deutschland jetzt sich in Chicago betheilige.

Abg. Dr. Bachem (Centrum) beklagte die ablehnende Haltung der Krefelder Sammt- und Seidenindustrie als einen großen Fehler. Nur wenn Krefeld in Chicago glänzend vertreten sei, habe es Hoffnung, auf einen gewissen Zeitraum hinaus das Emporblühen der amerikanischen Industrie hintanzuhalten. Sei die amerikanische erst einmal durch die deutsche Zurückhaltung groß gezogen, dann sei es mit der Blüthe der auf den Export angewiesenen Krefelder Industrie für alle Zeiten vorbei. Die Ansicht, daß die Amerikaner sich von Berlin fernhalten würden, wenn die Deutschen nicht nach Chicago gingen, sei ganz falsch. Uebrigens befinde sich die Krefelder Industrie in einem zweifellosen Nothstand; die Regierung solle ihr daher eine besondere Erleichterung und Hülfe für die Betheiligung in Chicago gewähren. Das liege im Interesse ganz Deutschlands.

Unterstaatssekretär v. Rottenburg entgegnete, der Ausstellungskommissar habe ausdrücklich die Krefelder Industriellen gebeten, ihm zu sagen, welche Unterstützung sie vom Reiche wünschten. Trotzdem hätten sie sich ohne Motivirung a limine ablehnend verhalten.

Abg. Dr. Hammacher, welcher ebenfalls die Zurückhaltung der deutschen Industrie aus politischem Mißmuthe beklagte, glaubte als Grund für die ablehnende Haltung der Krefelder Handelskammer die Furcht bezeichnen zu können, daß die amerikanischen Konkurrenten sich die ausgestellten deutschen Muster aneignen könnten.

Abg. Dr. Bachem bestritt dies. Die Geheimhaltung sei ohnehin nicht gesichert, denn die Muster könnten ja leicht nach Amerika geschickt werden. Des Pudels Kern sei vielmehr, daß der Kostenpunkt der Krefelder Industrie unerträglich sei.

Während Abg. Dr. Lieber (Ctr.) die Beschickung der Chicagoer Ausstellung entschieden befürwortete als Sache nationaler Ehre und nationalen Interesses, meinte,

Abg. Frhr. v. Stumm (Rp.), die Eisenindustrie könne nichts Neues ausstellen, würde also nur unnöthige Kosten machen, zumal da sie der englischen doch das Feld in Amerika nicht abjagen könne. Sie könne das Geld besser gebrauchen zur Ausführung des Arbeiterschutzgesetzes. Spöttisch meinte er, wenn der Patriotismus und das nationale Interesse die Betheiligung an der Ausstellung erforderten, so wolle er 4 Flaschen von seinem Grünhauser Wein hinschicken.

Darauf erwiderte der Abg. Schrader (dfr.), diese spöttische Haltung stimme schlecht zu der Motivirung, mit der die Großindustriellen die Schutzzölle zu motiviren suchten; da heiße es immer: das nationale und allgemeine Interesse erfordere die Zölle.

Unterstaatssekretär v. Rottenburg betonte nochmals, daß, wenn nur die englische und französische Eisenindustrie vertreten wäre, die Amerikaner nothwendig das Vorurtheil gewinnen müßten, daß die deutsche Industrie ohne Bedeutung sei.

Nach einigen Bemerkungen der Abgg. Schrader und Frhr. v. Stumm wurde die Position fast einstimmig angenommen.

Die Forderung von 40,000 M. zur Erforschung und Aufdeckung des römischen Grenzwalles ist von der Kommission für dieses Jahr gestrichen worden.

Der nationalliberale Abgeordnete v. Oechelhäuser beantragte die Wiederherstellung, welche auch Unterstaatssekretär v. Rottenburg und der württembergische Bundesbevollmächtigte v. Moser im wissenschaftlichen Interesse lebhaft befürworteten.

Abg. Fritzen (Düsseldorf) erklärte, daß das Centrum in dieser Frage getheilter Meinung sei. Er (Redner) habe die Forderung nicht bewilligen zu sollen geglaubt, weil sie noch ein Jahr aufgeschoben werden könne. Ueberdies sei es fraglich, ob die Aufgabe überhaupt dem Reiche zufalle. Kunst und Wissenschaft seien Sache der Einzelstaaten, und es sei nicht nachgewiesen, daß nur das Reich die vorliegende Aufgabe bewältigen könne.

Abg. Dr. Lieber dagegen glaubte, daß Sparsamkeit an diesem Punkte unsere Finanzlage in einem falschen Lichte erscheinen lassen würde. Es sei jetzt genug der Sonderforschung; es müsse eine Zusammenfassung der Arbeiten vorgenommen werden.

Abg. Virchow wünschte, daß man auch bei der Limeserforschung den prähistorischen Dingen mehr Beachtung schenke und nicht Alles als römisch-klassisch reklamire. Nach einigen weiteren Debatten wurde die Forderung gegen die Stimmen einiger Socialdemokraten, einiger Konservativer und eines Theils des Centrums bewilligt.

Bei der Forderung: „2 Millionen Mark für den Nordostseekanal" sprach sich Abg. Dr. Lingens (Centr.) auf Grund seiner eigenen Beobachtungen anerkennend über die Wirkung der seelsorgerlichen Thätigkeit für die Arbeiter am Nordostseekanal aus und wünschte, daß in gleicher Weise auch in anderen großen Werkstätten für das Seelenheil der Arbeiter gesorgt werde, damit sich das Wort Kaiser Wilhelms I. erfülle: „ich will, daß meinem Volke die Religion erhalten bleibe."

Beim Etat des Reichseisenbahnamtes regte Abgeordneter Schrader (dfr.) die Frage der Tarifreform an und wünschte, daß das Reichseisenbahnamt mehr auf eine solche hinwirke. Ferner verwies er auf die vielen Eisenbahnunfälle des letzten Jahres und bat um Auskunft, inwieweit das Reichseisenbahnamt im Interesse der Betriebssicherheit eingegriffen habe.

Der Präsident des Reichseisenbahnamts Dr. Schulz erwiderte, das Reichseisenbahnamt erhalte von allen Unfällen Mittheilung und ernenne dann Untersuchungskommissare. Die Untersuchungen hätten vielfach Vorschriften bezüglich der Betriebssicherheit veranlaßt, die in Folge dessen Fortschritte gemacht habe. Die deutschen Bahnen ständen in Bezug auf Sicherheit den ausländischen voran. Auf die Reform der Personentarife, zu der sich alle Bundesstaaten bereit erklärt hätten, wirke die ungünstige preußische Finanzlage zurück. Da man die Frage in Preußen vorläufig ruhen lasse, nähmen auch die anderen Bundesstaaten eine abwartende Haltung ein.

Abg. Graf Kanitz (kons.) wünschte vor Allem eine Reform der Gütertarife; minder wichtig sei die Reform der Personentarife. Auf keinen Fall empfehle sich der Zonentarif.

Abg. Dr. Hammacher betonte, daß die geringe Wirksamkeit des Reichseisenbahnamtes auf den Mangel eines Reichseisenbahngesetzes beruhe. Nachdem dieser Etat bewilligt worden, wurde die weitere Berathung auf Montag vertagt.

Baden.

Karlsruhe, 16. Jan. Heute Vormittag 11 Uhr besuchten Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin das „Luisenhaus", wo Höchstdieselben die drei Bürgermeister sowie die Damen und Herren des Frauenvereins empfingen, welche in den verschiedenen Anstalten dieses großen Wohlthätigkeitshauses thätig sind. Geführt von dem Oberbürgermeister Lauter und begleitet von den zahlreichen mitwirkenden Personen sowie von dem Architekten des Baues, durchwanderten die Höchsten Herrschaften alle einzelnen Theile desselben und verließen nach 1 Uhr hochbefriedigt diese wahre Musteranstalt für alle Gebiete der Wohlthätigkeit unter den lebhaftesten Aeußerungen der Anerkennung und Dankbarkeit. Nachmittags von 4 Uhr an nahm Seine Königliche Hoheit der Großherzog die Vorträge des Geheimeraths Freiherrn von Ungern-Sternberg, des Majors Freiherrn von Lüdinghausen genannt Wolf und des Legationsraths Dr. Freiherrn von Babo entgegen. Abends findet eine größere Hoftafel bei den Höchsten Herrschaften statt.

Karlsruhe, 18. Jan. Das „Gesetzes- und Verordnungsblatt für das Großherzogthum Baden" veröffentlicht in der heute ausgegebenen ersten Nummer seines neuen Jahrganges eine Bekanntmachung des Ministeriums des Innern, durch welche es zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird, daß Seine Königliche Hoheit der Großherzog mit Allerhöchster Staatsministerial-Entschließung vom 17. Dezember 1891 gnädigst auszusprechen geruht hat, daß der Gemeinde St. Georgen (Amt Villingen) die Eigenschaft einer Stadt verliehen werde. Dasselbe Ministerium veröffentlicht das von Seiner Königl. Hoheit dem Großherzog unter'm 26. v. M. genehmigte neue Statut für die Heil- und Pflegeanstalt Illenau. Im Anschluß daran wird auch eine Verordnung über die Kosten der Verpflegung von Kranken in der genannten Anstalt publicirt.

* **Karlsruhe**, 16. Jan. Wie eine freie Konferenz katholischer Geistlicher in Tauberbischofsheim und eine andere in Eubigheim dem Abg. Wacker in officiellen Schreiben ihre Zustimmung zu dessen Protest gegen die „centnerschwere" Expektoration des Abg. Fieser mit eigenem energischen Protest übermittelt haben, so hat es auch eine dritte freie Konferenz gethan, die am 13. Januar in Bruchsal tagte. Aus diesem durchaus spontanen Auftreten verschiedener Kapitel ohne alle gegenseitige Verabredung ist zu ersehen, wie sehr das Fieser'sche Auftreten und Wacker's Protest dagegen beim Klerus „eingeschlagen" hat.

* **Karlsruhe**, 16. Jan. Die „Bad. Landesztg." bringt wieder einen ihrer beliebten Artikel gegen Herrn Pfarrer Wacker, auf die wir eigentlich kein Wort zu erwidern, sondern die wir nur etwas niedriger zu hängen brauchen, da sie die „Vornehmheit" des gegnerischen Blattes ganz besonders charakterisiren. Von einem der gestrigen Wacker'schen Artikel urtheilt die „Landesztg.", daß derselbe „im echten Klatschweibertone das unqualifizirbare Verhalten der Ultramontanen bei der Waldkircher Wahl zu entschuldigen sucht. Herr Wacker hat also, heißt es dann weiter, nachdem er in den letzten Wochen mit rührendem Eifer die Leitung der ganzen ultramontanen Wahlwühlereien im 17. Landtagswahlbezirk geführt, in seinem seelsorgerischen Amte inzwischen auch schon wieder Zeit und Muße gefunden, sich in eingehender Weise mit belletristischen Arbeiten zu beschäftigen — gewiß eine treffende Illustration zu den stetigen Klagen über den Priestermangel und der Amtsüberlastung derselben in der katholischen Kirche." Und später: In diesem „zweiten Weh-Artikel", der thatsächlich ganz im Tone alten Weiberklatsches geschrieben ist, verdient nur das Eine hervorgehoben zu werden, daß sich der „Wahlmann Wacker" mit dem Ausfall der Waldkircher Wahl nicht zufrieden geben wird, sondern bereits mit einigen Wahlmännern einen Protest gegen die Wahl an die 2. Kammer gerichtet hat. Er beschwert sich, daß die fünf durch Tod oder Wegzug erledigten Wahlmännerstellen nicht vor der Wahl ergänzt und daß ferner zwei von den 74 auf Burger lautenden Stimmzetteln nicht vorschriftsmäßig gewesen seien. Zum Schlusse jammert der edle Streiter für Wahrheit, Freiheit und Recht über das „bei verschiedenen Wahlmännern" zu Tage getretene „wahre Charakterelend". Wir glauben, auch das kennzeichnet den „wahren" Charakter dieses Mannes!" Das ist „Landeszeitungs"-Polemik. Immer dieselben leeren Schimpfereien, nur jeweils etwas variirt.

* **Karlsruhe**, 16. Jan. Der Mannheimer Amtsverkündiger glaubt, die Regierung gegen den von einigen Centrumswahlmännern erhobenen Protest in Sachen der Waldkircher Ersatzwahl vertheidigen zu müssen. Der § 34 der Wahlordnung, sagt das Blatt, schreibt vor, daß vor jeder Abgeordnetenwahl, auch wenn eine Neuwahl sämmtlicher Wahlmänner nicht stattfinden muß, an Stelle der durch Tod, Wegzug oder aus anderen Gründen ausgeschiedenen Wahlmänner in den betr. Wahldistrikten neue Wahlmänner zu wählen seien, sofern es ohne erhebliche Verzögerung der Abgeordnetenwahl geschehen könne. Als eine erhebliche Verzögerung müsse es aber während der Landtagssession erscheinen, wenn durch die etwa 6 Wochen in Anspruch nehmenden Vorbereitungen zur Ergänzungswahl der Wahlmänner die Abgeordnetenwahl um diese Zeit hinausgeschoben werde. Demnach sei die Regierung ganz richtig verfahren, indem sie von einer Ergänzungswahl der Wahlmänner Abstand nahm. Das liberale Blatt übersieht in seinem Eifer, daß die Angelegenheit in die Zeit der Weihnachtsferien gefallen ist. Gsell hat etwa am 19. Dezember sein Mandat niedergelegt und der Wiederzusammentritt der Kammer erfolgt erst am Montag, den 18. Januar. Mehr als vier Wochen der Vorbereitungen fallen demnach in die Zeit der Parlamentsferien; nach weiteren 8 oder 10 Tagen hätte also auch bei einer Ergänzungswahl der Wahlmänner die Ersatzwahl stattfinden können. Eine erhebliche Verzögerung kann dies auch während der Landtagssession nicht genannt werden. Wenn man bedenkt, daß die Untersuchung bezüglich der Wahl Kiefer's im Bezirk Eberbach-Buchen schon seit Beginn des Landtags, also schon mehrere Monate währt und noch nicht beendigt ist, kann eine Verzögerung von 8 oder 10 Tagen gar nicht in Betracht kommen. Allerdings handelt es sich in dem einen Fall um ein Centrums-, im andern um ein nationalliberales Kammermitglied.

○ **Karlsruhe**, 16. Jan. Der „Schw. Merk." hält sich in einem Artikel, datirt vom 14. d. Mts., darüber auf, daß sich die leitende Centrumspresse über den Ausfall der Waldkircher Wahl „noch" nicht eingehend habe hören lassen. Wir glauben, daß unser seitdem erschienener W.-Artikel über diese Angelegenheit dem „Schw. M." einstweilen genügen wird. Bemerkt sei dabei, daß der betreffende Artikel um einen Tag verspätet eingelaufen ist; andernfalls wäre das Verlangen des „Schwäb. M." schon 24 Stunden früher gestillt worden. Er wird auch aus demselben entnommen haben, daß die durch den Wahlausfall hervorgerufene Enttäuschung des Centrums nicht so bedeutend war.

Ↄ **Aus Baden**, 16. Jan. Die vom Abg. Fieser in der Budgetkommission gemachte Bemerkung vom staatsfreundlichen und staatsfeindlichen Klerus hat unter den katholischen Geistlichen des ganzen Landes eine gewaltige Erregung hervorgerufen. Unverhohlen geben Geistliche und Laien ihrer Entrüstung über diese Aeußerung eines Volksvertreters Ausdruck. In mehreren Kapiteln erhoben die Geistlichen in speziell einberufenen freien Konferenzen dagegen entschiedenen Protest und ohne Zweifel wird der Klerus der ganzen Erzdiözese diesem Beispiele folgen; liegt es doch im Interesse der Achtung und Ehre des ganzen Standes, daß gegen solche Angriffe Verwahrung eingelegt wird.

▲ **Karlsruhe**, 17. Jan. Die Nr. 11 des „Beob." bringt einen Artikel „-e. Karlsruhe, 12. Jan.", der in mehrfacher Beziehung einer Berichtigung bedarf. (Wir haben schon in voriger Nummer unsere Ansicht über denselben ausgesprochen. Red.) 1) Der Archivrath Dr. Schulte ist keine „literarisch unbekannte Persönlichkeit", wie der Verfasser behauptet, sondern ein angesehener Geschichtsforscher und Gelehrter von bedeutendem Rufe. Er ist (mit Wolfram) der Herausgeber des Urkundenbuches der Stadt Straßburg (bis jetzt vier Bände), einer Geschichte der Habsburger, ferner der Chronik des Heinrich von Rebdorf, sowie Redakteur der von der bad. histor. Kommission herausgegebenen Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins, und hat sich als solcher auch um die badische Landesgeschichte Verdienste erworben (die Untersuchung über das Radolfzeller Stadtrecht ist z. B. eine in wissenschaftlicher Beziehung bahnbrechende Arbeit). Hieraus ergibt sich wohl, ob Herr Archivrath Dr. Schulte für die Herausgabe der Kriegstagebücher des großen badischen Markgrafen, mit der er allerdings von der bad. historischen Kommission beauftragt wurde, befähigt ist. 2) Es ist unwahr, daß die Gobelintapeten der Rastatter Schloßkirche 1850/51 mit Genehmigung der Domänendirektion um ein Spottgeld verkauft wurden. Dieselben wurden vielmehr i. J. 1855 bei der Restauration dieser Kirche in die Schatzkammer des Rastatter Gymnasiums verbracht und kommen im letzten Jahre wieder an ihre frühere Stelle. 3) „Der 1881/82 erschienene Führer durch die vereinigten Sammlungen" ist nach dem Orakelspruch des Herrn -e. ein ganz unzuverlässiges oberflächliches Machwerk." Alle anderen Leute erlauben sich jedoch anderer Ansicht zu sein. Sie halten das Buch für ein brauchbares, sehr instruktives und im Allgemeinen zuverlässiges Werk, bei dem, wie das bei ähnlichen Werken nicht zu vermeiden ist, auch manche Unvollkommenheiten und einzelne Irrthümer sich eingeschlichen haben mögen. (Das hier ausgesprochene günstige Urtheil über Herrn Dr. Schulte wird uns schriftlich und mündlich von verschiedenen katholischen Geistlichen bestätigt. D. Red.)

Ↄ **Bretten**, 16. Jan. Durch den Antisemitismus erlangt unser Amtsstädtchen eine Berühmtheit, die sich vorher nicht ahnen ließ. Fast alle Zeitungen und Privatgespräche beschäftigen sich z. Z. mit Bretten und seinem antisemitischen Viehmarkt. Natürlich ein Brettener Viehmarkt ohne Juden! das hielt man früher für gar nicht möglich. Nun er war auch dennoch. Den Schaden haben die Juden und natürlich auch die Bauern zu tragen. Die antisemitischen Wortführer kommen jedenfalls am besten weg, da sie weder als Käufer noch als Verkäufer an einem Viehmarkt ein Interesse haben. Die Interessenten werden daher klug daran thun, die Schreier „schreien" zu lassen ohne sich daran zu stören. Interessant sind die Berichte der antisemitischen „Landpost" und des judenfreundlichen „Landesboten" über den Geschäftsgang dieses berühmten Viehmarktes. Nach der ersteren ging das Geschäft „flott", nach dem „Landesboten" „sehr flau". Wo liegt nun die Wahrheit?

? **Aus der Ortenau**, 17. Jan. (Eisenbahnangelegenheiten betr.) Zum Schlusse des alten Jahres hat irgend Jemand „aus dem Renchthal" einen eben so thörichten, wie gehässigen Angriff auf den gegenwärtigen Vertreter des Renchthales in der badischen Kammer, den Abg. Schättgen, sich herausgenommen und in der „Bad. Landesztg." bekannt gegeben. Dort finden Leistungen mit solcher Tendenz erfahrungsgemäß bereitwillig Aufnahme, wenn sie auch noch so albern sind. Der Verfasser des frechen Verdächtigungsartikels hat sich nicht einmal die Mühe genommen, auch nur einigermaßen die thatsächlichen Verhältnisse kennen zu lernen, um die es sich handelt. Er schreibt keck:

„Ein altes Sprichwort sagt, daß wer den Schaden habe, für den Spott nicht zu sorgen brauche! Dieses trifft für die Renchthäler wegen der umherschwirrenden Eisenbahnfragen recht empfindlich zu. Die Offenburger und mit ihnen sämmtliche Gemeinden des Kinzigthals bemühen sich dermalen mit aller Macht, die Bahnhoferweiterungen in Appenweier, wie sie von der Regierung (und wohl auch mit Rücksicht auf den Ausbau der Renchthalbahn bis Freudenstadt-Ulm) geplant sind, zu vereiteln und diese Neuerungen für den Bahnhof Offenburg in's Leben treten zu lassen und vieles Andere. Dafür sollten dann weitere Bahnen rings um das Renchthal, nur nicht durch das Renchthal erstellt werden, und Offenburg solle der Knotenpunkt des mitteleuropäischen Handels: des west-östlichen und nördlich-südlichen werden! Man merkt wohl an dem Eifer, mit welchem gearbeitet wird, daß die Renchthalbahn, einmal ausgebaut, andere Gesichtspunkte liefert und diese in Schatten zu stellen, ist der Plan der Gegner dieser Bahn, indem massenhaft neue Pläne aufgeworfen werden. Alles wird nun in Bewegung gesetzt, das ganze Kinzigthal, in welchem ja der Abgeordnete für das Renchthal sitzt, wird von Ort zu Ort allarmirt, nur um die Regierungsforderung niederzudonnern, die Renchthaleisenbahn — unmöglich zu machen!"

In diesem Tone wird noch eine Weile weiter schwadronirt über die gefährlichen Pläne der Stadt Offenburg und die Nutzlosigkeit ihrer Bemühungen. Thatsächlich liegt die Sache ganz anders. Was die Stadt Offenburg erstrebt, hätte keineswegs die hier geschilderten Folgen; noch viel weniger denkt in Offenburg oder sonstwo Jemand an so schlimme Dinge gegen das Renchthal und seine Eisenbahn. Auch die Erweiterung des Bahnhofes in Appenweier ist durch das Offenburger Projekt keineswegs ausgeschlossen, wenn sie auch nicht im gleichen Umfange zur Ausführung käme. Ueberhaupt hat der Gemeinderath von Offenburg die Frage so sachlich, gründlich und in Hinsicht auf andere Eisenbahninteressenten so nobel angefaßt, daß sich dem gegenüber das Gepolter „aus dem Renchthal" unausstehlich widerlich ausnimmt. Indessen wird das eben mitgetheilte weit in Schatten gestellt durch den zweiten Theil der Musterleistung. Ihr Verfasser wendet sich nämlich direkt an den Abgeordneten des Renchthales und gibt folgendes zum Besten:

„Nun fragen wir, wozu haben wir unsere Abgeordneten? Will dieser seine Informationen für sein Wirken in der Kammer im Renchthal holen? Glaubt er nur ultramontanen Zwecken dienen zu dürfen? Hat er mit der Annahme des Mandats nicht auch die Pflicht, der brennenden Fragen seines Wahlbezirks — nicht Heimathsbezirks! — sich überhaupt zu eigen zu machen? Warum denn dieser Hohn im Blatte seines Gesinnungsgenossen? Will er damit sich drücken, weil er als Kinzigthäler gegen die vermeintlichen Interessen seiner Heimath nichts thun soll bezw. darf? Wir wollen hoffen, daß er als Abgeordneter seine Pflicht kennt, in erster Reihe für des Landes Wohl besorgt zu sein und erst in zweiter Reihe für das seines Wahlbezirks — hier trifft letzteres aber mit dem Landeswohl zusammen, denn nur die direkte Bahn Straßburg-Ulm durch's Renchthal kann dem Lande fruchtbringend werden. Ja wir Renchthäler müssen sehr rasch den Fluch der bösen That, um mit dem Dichter zu sprechen, empfinden und die Partei, die nicht glaubte, in unserem Thale einen Mann für unsere Interessen zu finden, weil der treffliche Bürgermeister von Oberkirch, der die Interessen der Renchthäler auf dem letzten Landtag so warm vertheidigt hatte, so wenig ultramontan befunden wurde, hat es zu verantworten, wenn das Renchthal für seine Zukunft geschädigt wird und dann auch für immer geschädigt bleibt! Wenn das Renchthal alsdann mit seiner Holzindustrie durch die Pläne seiner Gegner isolirt und damit ruinirt ist, was ja nicht ausbleiben kann, zumal die Bewohner größtentheils in pfäffischer Verblendung Heerfolge leistend — Weg- und Eisenbahnanlagen für überflüssig erachten, so wird die Vernunft und damit die Reue wohl eintreten, wenn der Brodkorb höher hängt. Es steht deshalb dem „Oberkircher Boten" hier gewiß schlecht an, daß, nachdem seine Partei durch ihr maßloses Wühlen und Irreführen der richtigen Meinung die Thalbewohner zu einem Akt der Undankbarkeit gegen den früheren Abgeordneten verleitet hat, nach diesem Siege noch sich erlaubt, solche Verhöhnungen auszurufen! Unser Trost bleibt — wie ihn der Müller in Sanssouci gegen den großen Preußenkönig gehabt hat, daß es noch Richter in Berlin gäbe — daß in Karlsruhe doch auch noch Männer sind, die das Volkswohl nach Gerechtigkeit bemessen, Umstände und Verhältnisse unparteiisch erwägen und es einem großen Bezirk nicht entgelten lassen, wenn er in thörichter Weise klerikalen Stimmen gefolgt ist. Der Umschwung bleibt sicher nicht aus, aber leider tritt er hier erst dann ein, wenn unsere Taglöhner nicht mehr wissen werden, wo sie ihr Brod verdienen können, wenn durch die Pläne der Gegner unser Thal von der Welt isolirt ist und ihm die Pulsader der Zeit fehlt."

Bei diesem Manne scheint auch Etwas zu „fehlen" oder mindestens in Unordnung gerathen zu sein. Wahrscheinlich weiß er von den Dingen, die auf dem Oberkircher Rathhaus vor sich gehen oder nicht vor sich gehen. Vielleicht hat er auch eine Ahnung davon, welche Obliegenheiten ein Abgeordneter seinem Bezirke gegenüber hat und wie es anzugehen ist, wenn ein Bezirk oder ein einzelner Theil desselben besondere Anliegen und Wünsche hat, welche in der Kammer Berücksichtigung finden sollen. Sollte er keine Ahnung davon haben, so kann er von den Offenburgern lernen. Diese haben nicht etwa ungeschickten Zeitungskrakehl gemacht und dabei alle Welt, namentlich den eigenen Abgeordneten angerempelt, sondern ein Komitee hat im Verein mit dem Gemeinderath von Offenburg zunächst die Angelegenheit gründlich erörtert und durch einen technischen Sachverständigen zurecht legen lassen. Dann wurde eine Denkschrift über die Frage ausgearbeitet, um in Form einer Petition der Kammer vorgelegt zu werden. Von diesem Moment an tritt nunmehr der Abgeordnete in Thätigkeit, der übrigens schon aus Anstandsrücksichten über das Geschehene orientirt und um Unterstützung in der Kammer angegangen wird. Es kommt auch vor, daß ein Abgeordneter schon im allerersten Stadium einer Bezirks-Angelegenheit in Anspruch genommen wird, um Rath zu ertheilen oder sonstwie den Bezirks-Interessenten an die Hand zu gehen. Kein Abgeordneter wird Solches von der Hand weisen, wenn er — darum angegangen wird.

So hält es auch Herr Schättgen. Alle Welt weiß, daß die Kreise des Bezirkes, welchen der Krakehler der „Bad. Ldsztg." angehört, ihn nicht gewählt, vielmehr gegen seine Wahl gethan haben, was sie konnten. Das wird ihn aber nicht abhalten, ihnen die ganz gleiche Zugänglichkeit entgegenzubringen, wie seinen eigentlichen Wählern. Nur wird man sich an ihn wenden müssen. Das gilt in der ganzen Welt als selbstverständlich. Was ist nun bis jetzt vom Renchthal aus in der Sache geschehen? So viel man weiß — gar Nichts. Weder hat man sich bittweise an die Regierung und Kammer gewendet, noch hat man sich irgendwie mit Herrn Schättgen, dem Abgeordneten des Bezirkes, in's Benehmen gesetzt. Wenn nun wirklich so große Gefahr für das Renchthal durch das Vorgehen Offenburgs in Frage stehen sollte, dann wäre es doch eine unerhörte Nachlässigkeit einiger Bürgermeister und Gemeinderäthe des Thales, daß sie bis jetzt sich noch gar nicht gerührt haben.

Wenn also der Pfiffikus der „Bad. Ldsztg." Allarm schlagen zu sollen glaubt, so möge er es nur daheim und zwar zunächst auf dem Rathhause in Oberkirch thun!

Näher auf seine Herzens-Ergüsse einzugehen, hieße ihm und seinem Krakehl zu viel Ehre erweisen.

Badischer Landtag.

H. **Karlsruhe**, 18. Jan.

Die Zweite Kammer nahm heute Vormittag ihre Berathungen wieder auf. Präsident Lamey eröffnete 11½ Uhr die 13. öffentliche Sitzung. Haus und Tribünen sind gut besucht. Am Ministertisch: Dr. Ellstätter, Eisenlohr. Auf der Tagesordnung steht:

1. Anzeige neuer Eingaben. 2. Berathung der Berichte der Petitionskommission a. über die Petition des Büreauassistenten Heinrich Fischer in Konstanz, die Uebernahme der ehemaligen badischen Postassistenten in den Reichsdienst betr. Berichterstatter Abg. Engelberth. b. über die Bitte des früheren Eisenbahnarbeiters Friedr. Wink II von Handschuchsheim, Forderung betr. Berichterstatter Abg. Blankenhorn. c. über die Bitte des Steuererhebers a. D. A. Schmieder in Oberharmersbach um Pensionserhöhung. Berichterstatter Abg. Gerber.

Eingegangen sind auch die Untersuchungsakten betr. die Wahl Kiefer's im Bezirk Eberbach-Buchen; ferner ist eingelaufen ein Protest gegen die Waldkircher Wahl. Die freisinnige Fraktion bringt einen Antrag ein auf Entschädigung unschuldig Verurtheilter. Die Abänderung des Gehaltstarifs betr. sind von einer Reihe von Staatsbeamten Petitionen eingelaufen.

Finanzminister Ellstätter bringt mehrere Gesetzesvorlagen ein, u. a. Abänderung des Einkommensteuergesetzes und die Besteuerung des Kunstweines, sowie Abänderung des Weinsteuergesetzes (nach dieser Vorlage soll die Accisfreiheit für die aus verzollten Trauben hergestellten Weine aufgehoben werden), und Abänderung des Wohnungsgeldtarifes der zwei unteren Gehaltsklassen betr. Der Minister betont, daß letztere Vorlage im Zusammenhang steht zu den in letzterer Zeit von den Beamten ausgesprochenen Wünschen. Im Namen der Regierung erklärt er, durch das Beamtengesetz seien die unteren und mittleren Beamten vollauf befriedigt worden. Die Regierung steht jedoch nicht an, in Anbetracht der theuren Lebensverhältnisse berechtigten Wünschen auf Gehaltsaufbesserungen näher zu treten, doch könne dies in diesem Landtage nicht mehr geschehen. Um aber den niederen Beamten in berechtigten Forderungen entgegenzukommen, habe die Regierung die heutige Vorlage ausgearbeitet. Bei Berathung derselben gedenkt sich der Minister über das Beamtengesetz recht eingehend auszusprechen.

Staatsrath Eisenlohr übergibt die Akten zur Waldkircher Wahl, worauf sich wegen des erhobenen

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Protestes die Wahlprüfungskommission zur Vorberathung bis 12 Uhr zurückzieht. (Fortsetzung folgt.)

Personalnachrichten.

Ministerium der Justiz, Kultus und Unterrichts.

Enthoben wurde seines Dienstes: Rechtspraktikant Dr. Wolfgang Mittermaier im Sekretariate des Großh. Landgerichts Karlsruhe, auf Ansuchen, Rechtspraktikant Franz Eschbacher im Sekretariat des Großh. Oberlandesgerichts, auf Ansuchen.

Beurlaubt wurde: Aktuar Robert Herr beim Amtsgericht Donaueschingen.

Zugewiesen wurde: Rechtspraktikant Josef Wittemann dem Sekretariat des Großh. Oberlandesgerichts.

Großh. bad. Staatseisenbahnen.

Versetzt: Albert Heuser, Expeditionsassistent in Offenburg, nach Mannheim, Max Jungaberle, Expeditionsassistent in Mannheim, nach Pforzheim, Michael Russler, Eisenbahnassistent in Kenzingen, nach Offenburg, Karl Heckmann, Expeditionsgehilfe in Basel, nach Waldkirch, Theodor Witz, Expeditionsgehilfe in Waldkirch, nach Engen, Hermann Grne, Expeditionsgehilfe in Lahr, nach Kenzingen, Benedikt Jung, Wagenwärter in Heidelberg, nach Karlsruhe, Konrad Böhe, Bahnwärter und Billetausgeber in Leopoldshafen, nach Aach-Linz, Friedrich Heinrich Wagner, Weichenwärter in Linkenheim, zur Versehung des Bahnwärter- und Billetausgeberdienstes nach Kleinsteinbach.

Großh. Steuerverwaltung.

Wendelin Bundschuh von Gladhofen wurde unter die Zahl der Finanzgehilfen aufgenommen und Steueroberaufseher Lorenz Weihenberger in Bruchsal zum Steuereinnehmer in Bretten ernannt.

Dem Steueraufseher Leopold Böhler in Kehl wurde die Auszeichnung für 18jährige treue Dienste verliehen.

Gestorben: Am 2. Januar d. J. Max Rieblinger, Steuereinnehmer in Bretten.

Lokales.

Karlsruhe, 18. Januar.

* **Das Kolosseum** war gestern Abend geradezu überfüllt, das neu engagirte Personal führte sich gut ein und erntete reichen Beifall. Die Leistungen der Gesellschaft sind gut und die Hauptsache ist, nicht anzüglich.

Berichtigung.

In dem Leitartikel in Nr. 15 „W. Die Frage des IV. Vizepräsidenten in der Budgetkommission" Seite 1, Spalte 3, Zeile 9 u. 10 muß es heißen: Pfarrer Wacker versäumte übrigens nicht, ausdrücklich zu erklären, er stehe **nicht** auf diesem Standpunkt, statt: „er stehe auf diesem Standpunkt".

Tagesordnung für die 5. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer auf Mittwoch, den 20. Januar, Vormittags 10 Uhr: 1. Anzeige neuer Eingaben. 2. Begründung des Antrages des Freiherrn v. Hornstein u. A.: „Die Großherzogliche Regierung möge mit allen Mitteln anregen und fördern: a. die Bildung von genossenschaftlichen Winzervereinen, welche von den einzelnen Rebbesitzern die feilen Trauben abnehmen, sachgemäß behandeln, soweit nöthig auch zuckern und verschneiden — um den Mißbräuchen entgegenzuwirken, die bei der Einfuhr von Trauben noch um so nachtheiliger werden können; b. den Erlaß eines Reichsgesetzes resp. Aenderung des Nahrungsmittelgesetzes, um Gleichmäßigkeit in Behandlung dieser Frage im ganzen Reiche zu erreichen; c. ein badisches Gesetz zur Besteuerung und Kontrole des Kunstweines und thunliche Hinwirkung auf Erlaß eines solchen in den anderen Bundesstaaten."

Karlsruher Standesbuchs-Auszüge.

Eheaufgebote: 15. Jan. Friedrich Brenk von Bilfingen, Reservesführer hier, mit Josefine Ehrein von Erfingen. — Karl Hasheinz von Blankenloch, Vorarbeiter hier, mit Anna Ulmer von hier.

Eheschließung: 16. Jan. Wilhelm Schäfer von Lomersheim, Metzger hier, mit Regine Sonwald von Eulenhof.

Geburten: 12. Jan. Emil, Vater Valentin Mauderer, Maurer. — 13. Jan. Julius Emil Ludwig, Vater Josef Häber, Kaufmann. — 14. Jan. Wilhelmine Emilie, Vater Albert Schlemmer, Lokomotivheizer. — Wilhelm, Vater August Unmüßig, Schutzmann.

Todesfälle: 15. Jan. August Volk, Portier a. D., ein Ehemann, alt 58 Jahre. — Luise Zeller, alt 70 Jahre, Ehefrau des Zimmermanns Jakob Zeller. — 16. Jan. Luise Wirth, alt 51 Jahre, Wittwe des Wirths Josef Wirth. — Christian Enchelmaier, Kutscher, ledig, alt 41 Jahre.

Auswärtige Todesfälle.

Gengenbach: Sofie Schweiß, geb. Kempf.
Herbolzheim: Georg Branch, Ziegler, 77 J.
Markdorf: Maria Theresia Mangold, geb. Herbst, Apothekers und Bürgermeisters Gattin.
Offenburg: Margaretha Mösch, geb. Schmidt, 48 J. 9 M.
Kleinlaufenburg: Jos. Meier alt, Maurermeister.
Radolfzell: Viktoria Reber, geb. Huber.
Vöhrenbach: Emma Hepting, 24½ J.

Freiburger Münsterbau-Loose

à 3 Mk., auswärts 3.20 Mk. franko.

Geldgewinne im Betrage von **215,000 Mark,**

Haupttreffer: **50,000 Mark**

soeben eingetroffen bei der

Expedition des „Badischen Beobachters"
in Karlsruhe.

Todes-Anzeige.

Heute Nachmittag 3 Uhr hat der liebe Gott seinen Diener, den hochw. Herrn

Franz Michael Lederle,
absentirter Pfarrer von Wehr,

zur Zeit in Günterstha1, nach langen, geduldig ertragenen Leiden und versehen mit den hl. Sakramenten, in seinem 61. Lebensjahre, in ein besseres Jenseits abgerufen.

Seine hochw. Mitbrüder, sowie Freunde und Bekannte bitten wir um ihr frommes Gebet.

Die Beerdigung ist Dienstag Vormittag halb 10 Uhr.

Freiburg—Güntersthal, den 16. Januar 1892.

Die tieftrauernden Geschwister.

Todes-Anzeige.

Heute früh verschied sanft nach kurzer Krankheit unser liebes Kind

Margaretha

im Alter von 4 Jahren.

Wir bitte um stille Theilnahme

Oscar Fischer u. Familie.

Karlsruhe, 17. Jan. 1892.

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unsere liebe Tochter und Schwester

Katharina,

im Alter von 13½ Jahren, nach längerer Krankheit durch einen sanften Tod zu sich zu nehmen.

Karlsruhe, 18. Jan. 1892.

Die tieftrauernden Eltern

Sixtus Kühle
nebst Frau und Kinder.

Todes-Anzeige.

Gottes unerforschlicher Rathschluß hat heute früh 4 Uhr unsern geliebten Bruder, Schwager und Onkel

Franz Bechtold,

ledig; im Alter von 49 Jahren, versehen mit den hl. Sakramenten und unter dem Gebete der Kirche, nach kurzer, aber überaus schmerzlicher Krankheit zu sich gerufen.

Alle Bekannten, sowie des geliebten Todten Kampfgenossen in den beiden Feldzügen von 1866 und 1870, und besonders die hochw. Confratres werden gebeten, seiner im Gebete zu gedenken.

Kinschheim, 16. Jan. 1892.

Im Namen der trauernden Familie:

Josef Bechtold, Pfarrer in Mudau.

Dankſagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Theilnahme während der Krankheit und des Todes unseres lieben Vaters

August Volk,

Bahnhof-Portier a. D.,

insbesondere für den erhebenden Trauergesang des kath. Arbeitervereins, sprechen wir hiermit unsern tiefgefühltesten Dank aus.

Karlsruhe, 18. Januar 1892.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Theilnahme bei dem Dahinscheiden unseres lieben Gatten und Vaters

Barnabas Albrecht,

für die Blumenspenden und zahlreiche Begleitung des kath. Arbeitervereins und seiner Mitarbeiter zur letzten Ruhe, sprechen wir unsern verbindlichsten Dank aus.

Die trauernden Hinterbliebenen.

RUDOLF MOSSE
Annoncen-Expedition
46 Amalienstrasse 46
(am Kaiserplatz)
29 KARLSRUHE.

Vereine.

Kunstgenossenschaft: Dienstag, den 19. Jan., Abends 8 Uhr. Gener Versammlung im Vereins bildender Künstler.

Städtische Sparkasse Karlsruhe
(einschließlich Schulsparkasse).

Die Rückgabe der zur Kontrole und Zinsgutschrift vorgelegten Sparbücher erfolgt gegen Auslieferung der ausgestellten Bescheinigung

vom 18. bis einschl. 23. d. Mts.,
Vormittags von 8—12 und Nachmittags von 2—5 Uhr

im Steigerungslokal der Spar- und Pfandleihkasse (Eingang im großen Rathhaushof). 3.2

Karlsruhe, den 16. Januar 1892.

Der Verwaltungsrath:
Lauter.

Auf Lichtmeß

empfehle **hannoveraner**

Prima Altar-Wachskerzen,

das Pfund zu Mk. 2.—.

Feinste Qualität hannoveraner Altarkerzen, Osterkerzen, Dreiangeln und Tafellichter

(an schönem, sparsamen Brennen unübertroffen) das Pfund zu Mk. 2.30.

Sämmtliche Wachssorten liefere pack- und frachtfrei unter den günstigsten Bedingungen und wird bei Baarzahlung Rabatt bewilligt, sowie Tropfwachs an Zahlung angenommen.

Ferner empfehle anerkannt **besten Weihrauch** in nur echten Sorten zu billigsten Preisen. 2.2

Alois Schweitzer,

Freiburg i. B. **Eisenbahnstraße 10,**
am Franziskanerplatz.

Deutscher Normal-Akten-Heftapparat,

ministeriell zur Anschaffung empfohlen.

Empfehle tit. Behörden, Anstalten, Gerichten, Notaren, Rechtsanwälten, Gerichtsvollziehern etc. etc. meinen **Deutschen Normal-Akten-Heftapparat** auf's Beste.

Hochachtend 10.9

Andreas Hoch.

Fabrik und Lager: Herrenstraße 27 u. 33.

Concert-Saal
Brauerei Schrempp, Waldstraße.
Karlsruher Colosseum,
jeden Tag Abends 8 Uhr beginnend,
Vorstellung von nur Künstler I. Ranges.
= Reichhaltiges, jeden Tag abwechselndes Programm. =
1 Alles Nähere durch die Plakate ersichtlich.

Allerbilligste Bezugsquelle

für **Tuche, Satins, Croisé, Kammgarn-** und **Soutanstoffe** (engag. Fabrikat).

Prima-Referenzen! ● Jedes Maaß! ● Proben frei!

Tuchmanufaktur Aug. Holzherr,

4 **Rottenburg** (Württemberg).

Hotel und Wein-Restaurant
Burg Windeck

empfiehlt sich in

Specialität: Badische Weine.

Reichhaltige, ausgewählte Frühstück- und Speisekarte.

Diners, Soupers, auch außer dem Hause.

Feine Küche. Elegant: Lokalitäten.

10.9 *H. Habich.*

Wiener
Schuhwaaren-Lager
S. Illig,
Kaiserstraße 199a,
Ecke der Waldstraße,

empfiehlt sein großes Lager in **allen Arten Schuhwaaren** in nur bester und gediegenster Waare zu den billigsten, aber festen Preisen:

Herren-Zug- und **Schnürstiefel** in prima Kalb-, Rind-, Chevreaux- und Lackleder, einfach- und doppelsohlig, niedere und hohe Absätze, breite und spitze Form der Sohlen, von M. 4.50 an.

Herren-Jagdschnürstiefel, garantirt wasserdicht, bestes Fabrikat, von M. 12.— an.

Damen-Zug-, Knopf- und **Schnürstiefel** in allen Lederarten, niedere und hohe Absätze, breite und spitze Form der Sohlen, von M. 4.50 an.

Knaben-, Mädchen- und **Kinder-Schuhe** und **Stiefel** in allen Arten,

Ball- und **Gesellschafts-Schuhe** und **Stiefel** für Herren und Damen von den einfachsten bis zu den elegantesten Mustern.

Größte Auswahl in **Filz-, Tuch** und **Pelz-Schuhwaaren** in nur bester Waare.

Gummischuhe, Turnschuhe, Gamaschen, Einlegesohlen, Fußwärmer, Socks, Ledercrême, Schuhlöffel, Knöpfer und **Stiefel-An-** und **Auszieher.** 7

Reparaturen aller Art werden sofort gut und billigst besorgt.

— **Auswahlsendungen nach Auswärts werden prompt ausgeführt.** —

Corsetten

vorzüglichster, unübertroffener Façon, als: **Promenade-, Ball-, Haus-, Reit-, Tüll-, Bequemlichkeits-, Nähr-, Umstands-, orthopädische** und **hygienische Corsets,** patentirte **Geradehalter, Corsets** für Magen- und Leberleidende, sowie **Corsets** und **Leibchen** für Kinder jeden Alters;

Leib-Binden

bewährtester, von ärztlichen Autoritäten empfohlener Systeme, wie auch alle übrigen Specialitäten der Branche in grossartigster, von keinem andern Geschäfte gebotener Auswahl.

Anfertigung nach Maas

in jedem gewünschten Schnitt und Stoff in exaktester Ausführung.

Auswärtige Aufträge finden prompteste Ausführung und genügt die Angabe der Taillenweite über das Kleid gemessen.

Pariser Corset-Fabrik A. Lucas,

Kaiserstrasse 161, **Karlsruhe,** Eingang Ritterstrasse.

Grösstes Special- und Versandt-Geschäft der Corset-Branche.

Bekanntmachungen, Versteigerungen &c.

Stammholzversteigerung. Die Gemeinde Langensteinbach läßt in ihrem Gemeindewald am Mittwoch, den 20. Jan., mit Borgfrist bis 1. Sept. d. J. nachstehende Hölzer versteigern: 156 Stück forlene Sägklötze I.—IV. Klasse, 1 Buche, 2 Birken, 2 Eichen, worunter eine über 1 Festmeter Inhalt hat. 2. Tag, den 21. Januar: 470 Stück fichtene Bauſtämme III. und IV. Klasse, 204 Stück fichtene starke Stangen und Sparren, 11 Stück fichtene Stangen und Pfähle, 2 forlene Sägklötze, 2 Birken, 12 Wagnerstücke. Die Zusammenkunft ist jeden Tag Morgens 9 Uhr bei der Ziegelhütte hier. Langensteinbach, den 12. Januar 1892. Der Gemeinderath.

Hohenlohe'sches Hafermehl,
beste Kindernahrung,

wird in stets frischer Waare angelegentlichst empfohlen. 9.1

Zu haben in allen besseren Geschäften.

Eine gebildete Dame von 25—30 Jahren, katholisch, welche der französischen Sprache vollständig mächtig ist, sich gründlich auf Handnähen und Zeichnen versteht, findet sofort Stellung als Kammerfrau bei einer Gräfin v. B. zur Zeit in Paris. Anfangsgehalt 600 Frcs. nebst Reisevergütung. Nur Damen mit sehr guten Zeugnissen wollen ihre Offerten nebst Photographie an die Expedition dieses Blattes unter den Chiffern C. d. B. schicken.

Verantwortlich: Für den politischen und allgemeinen Theil: J. Röttgers. — Für den badischen und lokalen Theil: B. Häfner. — Für Landwirthschaft, Handel und Inserate: H. Vogel. — Sämmtlich in Karlsruhe.
Druck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia" in Karlsruhe, Adlerstraße 42. — Heinrich Vogel, Direktor.